

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9, Fernsprecher  
Königsplatz 1006, 1076 und 1262. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegramm-  
adresse: Textilpraxis Berlin. Verbandsgelder sind an Otto Sehms,  
Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postcheckkonto Nr. 5386), zu richten



Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Anzeigenannahme: „Werba“,  
Gesellschaft für Anzeigen- und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Königgräber  
Straße 97. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile 90 Pf. Bei größeren  
Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Tel.-Adr.: „Werba-Blätter“ Berlin

Nummer 8

Berlin, den 21. Februar 1930

42. Jahrgang

### Reichswirtschafts- ministerium und Baumwollzölle

Das Reichswirtschaftsministerium hat, dem Drängen der Baumwollspinner- und Weberverbände nachgebend, sich für eine Erhöhung der Zölle auf Baumwollgarne und Baumwollgewebe ausgesprochen. Es geschah dies mit folgenden Worten:

„Wenn somit der Erfolg der sonstigen Maßnahmen zur Herabsetzung der deutschen Produktionskosten aller Voraussicht nach nicht ausreichen kann, um die ungünstige Lage der Baumwollindustrie zu beheben, so bleibt als letztes Hilfsmittel nur die Verstärkung des Zollschutzes durch Erhöhung der Zölle auf Baumwollgarne und Baumwollgewebe übrig. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch ein ausreichender Zollschutz keine Wirkung auf längere Zeit nur ausüben kann, wenn einerseits die Belastung der inländischen Produktion im Verhältnis zum Ausland nicht weiter gesteigert wird, andererseits aber auch die Industrie selbst die Hindernisse überwindet, die den zu ihrer Festigung möglichen Maßnahmen zur Zeit noch im Wege stehen.“

Welches diese Hindernisse sind, läßt das Reichswirtschaftsministerium im dunkeln. Was aber die „Belastung der inländischen Produktion“ betrifft, so ist diese von der zollheftenden Industrie genau umschrieben worden, nämlich zu hohe Löhne, Soziallasten und Steuern. Das ist deutlich. Nun wissen wenigstens auch die Textilarbeiter, wohin der Weg geht.

Die durch die Zollerhöhung erhoffte Hebung der Lage der Baumwollindustrie soll nur den Unternehmern zugute kommen; diese neue Belastung der Masse der Bevölkerung soll aber, um ihre Wirkung zu gewährleisten, noch verbunden sein mit Verhinderung jeder Lohnerhöhung, möglichstem Abbau der Sozialversicherung und Umwandlung von Besitzsteuern in Massensteuern.

Zu dieser Auffassung kommt das Reichswirtschaftsministerium auf Grund einer Untersuchung, die es angeblich vorgenommen hat, zu der man sich eigens einen bereits pensionierten Ministerialdirektor, Herrn Bail, kommen ließ, die nach Angaben der Baumwollspinnerverbände vier bis fünf Monate unter Zuhilfenahme von Buchprüfern gedauert haben soll und das Ergebnis hatte, daß die Angaben der Baumwollindustriellen im allgemeinen richtig seien.

Uns deutet, die Untersuchung war unnötig. Man hätte Herrn Bail in seinem Ruhestand belassen können. Wenn Herr Geheimrat Hagemann, der Leiter der Textilabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, irgendeinen Schreiber beauftragt hätte, aus der Unmasse der Publikationen der Baumwollindustriellen einen entsprechenden Auszug zu machen, so wäre daselbe herausgekommen.

Ein hoher Beamter eines anderen Ministeriums stellte vor kurzem die Frage: „Wie entsteht eine herrschende Meinung?“ Und beantwortet sie: „Indem einer vom anderen abschreibt!“ Es ist z. B. herrschende Meinung geworden, auch beim Reichswirtschaftsministerium, daß die Abgabepreise „vielfach bis zu 10 Proz. und mehr unter den Selbstkosten liegen.“ Herr Bail erscheint die Angabe der Spitzenverbände, daß seit Jahresfrist dies der Fall ist, glaubhaft. Man braucht es ja nur abzuschreiben. Versteht Herr Bail mit seinen Buchprüfern etwas von der Kalkulation in der Weberei, in der Spinnerei? Wurden die Selbstkosten in der Spinnerei ermittelt für Ringspinnmaschinen oder beim Seifaktor? Welche Spindelzahl pro Arbeiter wurde zugrunde gelegt? Wurde in der Weberei das Zwei-, Drei-, Vier- oder Zwanzigstuhlsystem als Grundlage genommen? Das ist notwendig, zu wissen. Hat man nicht dabei entdeckt, daß in der Kalkulation überhaupt kein System vorhanden ist? Man wird wohl auch darauf gestoßen sein, daß z. B. immer noch als allgemeine Unkosten

## Um das tägliche Brot!

Ein begrüßenswerter Schritt der Reichsregierung — Sie will ein Brotgesetz schaffen

Der Reichstag wird sich demnächst mit einem

### Brotgesetz

beschäftigen. Dieses Gesetz wird die Bäcker verpflichten, das, was sie verkaufen, auch mit dem richtigen Namen zu nennen und sich eine Waage anzuschaffen.

Es handelt sich dabei um eine äußerst wichtige Angelegenheit, wie folgende Ausführungen beweisen werden: Infolge der glänzenden Roggenernten in den beiden letzten Jahren sind die Roggenpreise zusammengebrochen. Man bezahlte vor der Ernte, also ungefähr Ende Juni 1929, für die Tonne Roggen an der Berliner Börse noch 200 Mark. Der Preis ging dann bis Ende Dezember auf etwa 170 Mark zurück. Jetzt schwankt er um etwa 160 Mark. (Vor dem Kriege 170 Mark.) Der Preissturz ist schon ganz beträchtlich. Dementsprechend haben sich auch die Mehlpreise verringert. Vor der Ernte (Ende Juni 1929) notierte Roggenmehl pro 100 Kilogramm noch mit 27 bis 29 Mark, Ende Dezember mit 23 bis 26 Mark, und gegenwärtig mit etwa 21 bis 25 Mark. Aber der Brotpreis hat sich nicht verändert. Im Juni 1929 machte der Roggenbrotpreis pro Kilogramm nicht ganz 35 Pfennig aus (genau 34,8 Pfennig). Der Preis versteht sich nach den Berechnungen des Preussischen Statistischen Landesamts für 51 preussische Städte. Der Roggenbrotpreis steigerte sich bis zum Dezember 1929 auf genau 35 Pf. Dort liegt er noch heute. Vor dem Kriege kostete ein Kilogramm Roggenbrot etwa 29 Pf. Auch der Roggengraubrotpreis, vor dem Kriege ebenfalls 29 Pf., betrug im Juni 1929 genau 41,1 Pf. Bis heute hat er sich auf etwa 41,2 Pf. gesteigert.

### Der gewaltige Sturz der Roggenpreise und die Senkung des Roggenmehlpreises hätten eine Brotverbilligung bringen müssen.

Die Brotpreise sind aber nicht gefallen. Vielmehr ist für verschiedene Brotforten eine Preissteigerung eingetreten. Die Produktionskosten in den Bäckereien können sich unmöglich in der Zeit von Juni 1929 bis jetzt derart verteuert haben, daß die Brotpreise gerechtfertigt wären. Wir gestatten uns, das Bucher zu nennen.

eingesetzt werden etwa 150 oder 250 Proz. der Arbeitslöhne, obwohl der Satz rein militärisch angenommen wird. Es wäre schon notwendig, hierüber etwas zu erzählen, zumal nicht nur der Lohnkosten, sondern auch der Arbeitslohn selbst in den einzelnen Betrieben grundverschieden ist. Als sicher nehmen wir an, daß das Reichswirtschaftsministerium sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, gleich mit nachzuprüfen, in welchem Maße sich die Gehälter der Herren Direktoren und Generaldirektoren bei den Unkosten auswirken. Und nun wieder die „herrschende Meinung“. Herr Bail behauptet, daß nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts der Stand der tarifmäßigen Stundenlöhne um 40 Proz. höher war als 1925 und fast 20 Proz. höher als 1927. Das soll also heißen, daß um soviel die wirklichen Löhne gestiegen sind. Merk-

### Der Öffentlichkeit ist dieser Wucher zum Teil verschleiert worden.

In vielen Gegenden Deutschlands ist es nämlich üblich, das Brot zu einem festen Preis zu verkaufen. Der Bäcker hat es also in der Hand, das Brotgewicht zu verringern — und kommt so auf seine Kosten ohne Preissteigerungen. Der feste Brotpreis ist ein Erbe der Revolutionstage im Jahre 1848. Damals verlangte die Bevölkerung, daß die Regierung etwas gegen die ständig steigenden Brotpreise tue. Die Regierung machte sich die Sache sehr einfach und: erklärte, daß der Brotpreis in Zukunft nicht mehr erhöht werden dürfe. Daran hielten sich die Bäcker.

### Sie machten aber das Brot leichter und wucherten weiter.

Diese bequeme und lukrative Einrichtung hat sich bis in unsere Zeit gehalten. Dazu kommt ein, anderes. Wenn man vom Roggenbrot spricht, so meint man in den verschiedensten Gegenden Deutschlands immer etwas anderes. Gutes, schmackhaftes Roggenbrot ist in vielen Bezirken Deutschlands überhaupt nicht zu erhalten. Die Bäcker verwenden neben Roggenmehl minderwertige Weizenhintermehle. Das hebt die Qualität des Roggenbrotes nicht. Wir führen die Abneigung weiter Bevölkerungsschichten zum Teil auch auf die Verwendung minderwertiger Mehle zurück: sie machen das Brot ungeschmackhaft. Allerdings verdient dabei der Bäcker. Es besagt doch genug, daß sich der Anteil des Bäckers an den 50 Pfennig, die in Deutschland für ein Roggenbrot gezahlt werden, von 21 Pf. in der Zeit mittlerer Roggenpreise auf 23,5 Pf. in der Zeit niedriger Roggenpreise erhöht hat.

Das neue Gesetz bestimmt nun, daß das Brot in Zukunft nach Gewicht verkauft wird. Diese Bestimmung gilt leider nur für Roggenbrot, nicht aber für Weizenbrot. Roggenbrot soll in Zukunft solches Brot sein, das bis zu 95 Proz. aus Roggenmehl hergestellt ist. Enthält das Brot bis zu 95 Proz. Weizenmehl, dann ist es als Weizenbrot zu kennzeichnen. Hat das Brot einen höheren Anteil von Roggen- bzw. Weizenmehl, so muß es als Mischbrot verkauft werden. Ist mehr Roggenmehl verwendet, so ist das Brot als Roggenmisch-

brot zu bezeichnen, ist mehr Weizenmehl benutzt worden, dann hat das Brot den Namen Weizenmischbrot zu führen. Bon der Bezeichnung ist Gebäck bis zu 250 Gramm ausgenommen, weil hier die Durchführung des Kennzeichnungszwanges auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

### Das wichtigste an dem Gesetz ist, dass der Konsument jetzt eine Kontrolle über das Brot und den Brotpreis erhält.

Das Brot wird in Zukunft nicht mehr mit 50 Pf. bezahlt, sondern nach Gewicht verkauft. Steigerungen und Senkungen des Brotpreises werden der Hausfrau am Geld demonstriert. Der alte Trick, den Preis gleich zu lassen und das Brotgewicht zu verringern, wird aufhören. Die Hausfrau kann den Brotpreis kontrollieren, und damit hat sie eine Möglichkeit, auf den Brotpreis zu drücken. Es ist eine alte Tatsache, daß die Hausfrau das Niveau der Detailpreise stark mitbestimmt. Am zweckmäßigsten ist es aber, die Hausfrau laßt ihr Brot bei den Konsumvereinen, die eine wohlfeile und schmackhafte Ware liefern.

Die Regierung verspricht sich von ihrem Brotgesetz eine Steigerung des Roggenverbrauchs in Höhe von 500 000 Tonnen pro Jahr und eine Verminderung der Weizenimporten in Höhe von 120 Millionen Mark. Ob diese Wirkungen eintreten, muß abgewartet werden. Vorläufig halten wir die Schätzungen der Regierung für zu optimistisch.

### Der Rückgang im Brotkonsum ist ja nicht eine Geschmacks- und Modesache,

sondern er ist durch wichtige Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft bedingt. Durch das schnellere Arbeitstempo werden die Arbeitsenergien schneller verbraucht. Sie müssen schneller ersetzt werden. Dafür kommen weniger Kohlehydrate, also Roggen und Kartoffeln, aber mehr eiweißhaltige Nährstoffe wie Fleisch, Gemüse, Obst usw. in Frage. Dagegen kommt man mit Brotgesetz und mit Roggenpropaganda nicht an. Die beste Propaganda allerdings, von der man sich einen Erfolg versprechen kann, ist billiges und gutes Brot. Friedrich Dill.

würdig, daß Herr Bail mit seinen berufsmäßigen Buchprüfern in vier bis fünf Monaten nicht entdeckt hat, daß nicht mehr als etwa 15 Proz. Stundenlöhner vorhanden sind und alle übrigen im Akkord arbeiten. daß er nicht festgestellt hat, um wieviel die Akkordlöhne gestiegen sind oder vielmehr nicht gestiegen sind.

Er hat natürlich keine Ahnung von den tariflichen Verhältnissen, was man ihm nicht verübeln kann. Aber auch im Reichswirtschaftsministerium muß es sich doch schon herumgesprochen haben, daß es auch in der Baumwollindustrie eine Einrichtung gibt, die man Betriebsräte nennt. Diese wären sicher bereit gewesen, die „Untersuchung“ nach dieser Richtung kräftig zu fördern, wenn man sie zugezogen hätte.

Ebenso gutgläubig haben die Beamten es als Tatsache hingegenommen, daß z. B. im

Staat die Steuern nur etwa 10 Proz., die Zinsen etwa 33 Proz. und die Löhne nur 55 bis 65 Proz. der deutschen betragen. Herrschende Meinung! An der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor“, sagt der Bericht. Wir glauben keinmal, daß genug Anlaß vorliegt, noch an etwas ganz anderem zu zweifeln.

Diese Angaben sind hinsichtlich der Steuern genau so falsch wie bezüglich der Zinsen und Löhne. Ueber die ersten beiden Punkte einmal einen bewanderten Volkswirtschaftler und wegen des letzteren etwa die Arbeiterorganisation zu befragen, das hält man nicht für nötig.

Und auf Grund solcher „Untersuchungs-ergebnisse“ empfiehlt man kalten Wassers Erhöhung der Zölle. Es werden wir realisiert! (Ein zweiter Artikel folgt.) H. R.

### Politische Wochenschau

Die erste Lesung der Young-Gesetze. — Verhandlungen über den Etat. — Um den Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung. — Paul Levi gestorben. — Ein Roggenbrotgesetz. — Der unbehagliche Unterrichtsminister.

Der Reichstag hat die ihm vorgelegten Gesetze zum Abkommen vom Haag (Young-Plan) in erster Lesung beraten und sie dann den Ausschüssen zur weiteren Verhandlung überwiesen. In der Beratung mieden die Vertreter der Regierung darauf hin, daß der Young-Plan, wenn er auch noch schwere Belastungen für Deutschland bringe, doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung darstelle. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Redner, den Abg. Breitscheid, die Linie der Entwicklung in der bisherigen deutschen Außenpolitik aufzeigen. Wenn man sich daran erinnere, wie die Lage Deutschlands nach dem verlorenen Kriege und bei der Entgegennahme des Friedensdiktats von Versailles war und damit den heutigen Stand vergleiche, so müsse man doch feststellen, welcher Fortschritt in den auswärtigen Beziehungen des Reichs seitdem erzielt worden ist. Auch jetzt ständen wir noch nicht am Ende der Aufgabe, die volle Souveränität des deutschen Volkes wieder herzustellen; aber der Young-Plan sei eine wichtige Etappe auf diesem Wege und aus diesem Grunde werde ihm die Sozialdemokratie trotz aller Bedenken im einzelnen zustimmen. Dann gab es als besondere Sensation das Auftreten des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg. Seit 1922 hat er im Reichstag nicht wieder gesprochen und man war deshalb gespannt darauf, was er jetzt vorbringen würde. Um so größer war die Enttäuschung bis in die Reihen der eigenen Anhänger, als man von ihm nichts weiter zu hören bekam, als die abgeleiteten Phrasen von „Sklaverei“ und ähnlichem, was man schon tausendmal in der Rechtspresse gelesen hat.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien im Reich über die Gestaltung des neuen Etats haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Zentrum und Bayerische Volkspartei erklärten wiederholt, daß noch vor der Erledigung der Young-Gesetze die Ordnung der Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden durchgeführt werden müsse. Die Sozialdemokratie hat die Forderung der Sanierung der Finanzen schon zu einer Zeit erhoben, als man bei den bürgerlichen Parteien an nichts anderes als an die Senkung der Steuern dachte. Sie stimmt ihr also auch jetzt sichtlich zu, wendet sich aber ganz entschieden dagegen, daß die Regelung der Finanzverhältnisse auf Kosten der breiten Massen des Volkes erfolgen soll. Aus diesem Grunde verlangt sie die Erhöhung der Besteuerung, während die bürgerlichen Parteien vorläufig nur an eine Erhöhung indirekter Steuern denken. Eine weitere Schwierigkeit ist bei der Frage entstanden, in welchem Umfang Steuererhöhungen überhaupt durchgeführt werden sollen. Die Sozialdemokratie vertritt den Standpunkt, daß man es bei der Ausführung des vor Weihnachten beschlossenen Schuldenstilgungsgesetzes in Höhe von 450 Millionen Mark belassen soll; dagegen will der Reichsfinanzminister, ohne daß eine zwingende Notwendigkeit dafür vorliegt, darüber hinaus noch weitere 154 Millionen legen. Eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien darüber liegt noch in weiter Ferne.

Eine erhebliche Schwierigkeit macht auch die Deckung des Fehlbetrages in der Arbeitslosenversicherung. Der Reichsfinanzminister Rodenhauer wollte eine „Gefahrengemeinschaft“ der Sozialversicherung herstellen, 50 Millionen Mark sollen bei der Anwerblen- und Invalidenversicherung als Darlehen für die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden, die das Volk garantieren und in kurzer Zeit zurückzahlen kann. Dieser Plan ist von allen Parteien abgelehnt worden, nachdem vorher unter Führung der freien Gewerkschaften die gewerkschaftlichen Organisationen eine Resolution erlassen hatten, welche protestiert gegen die Verwirklichung gemacht worden. Der Reichsfinanzminister hat sich gezwungen gesehen, die Sozialversicherung der Reichsbahn zu übernehmen und dadurch dem Reich das Geld zur Deckung des Fehlbetrages bei der Ar-

# Zwei Fehlentscheidungen

## Zu den Verbindlichkeitserklärungen der Schiedssprüche für Schlesien und Württemberg

Das Reichsarbeitsministerium hat die beiden Schiedssprüche, die den Manteltarifvertrag und das Arbeitszeitabkommen in Schlesien regeln sollen, für verbindlich erklärt.

Den Schiedsspruch, der für Württemberg den Lohn-, den Mantel- und den Arbeitszeitstreit regeln sollten, hat das Reichsarbeitsministerium nicht für verbindlich erklärt.

Der Landesgenosse, der sich die Schiedssprüche für Schlesien und den Schiedsspruch für Württemberg vor Augen führt, steht den Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums verständnislos gegenüber.

### Schlesien

Die Gewerkschaften haben — soweit die Schiedssprüche für Schlesien in Frage kommen — in eindringlichster Form sowohl materielle wie auch formelle Bedenken



Die Verbündeten

„Also, meine Herren, vertragen Sie sich nicht immer gegenseitig, denn wir drei sind doch Verbündete gegen die freien Gewerkschaften. Ich hoffe, Sie bald als Betriebsräte begrüßen zu können!“

geltend gemacht. Ganz besonders wurde dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der die Nachverhandlungen leitete, klar gemacht, daß der Arbeitszeitentscheidungsanspruch für Schlesien unter keinen Umständen tragbar sei. Die bis dato in Schlesien vorhandenen gemessene arbeitsfähige Arbeitszeit von 51 Stunden pro Woche ist in dem neuen Schiedsspruch beibehalten. Dieser Umstand

beitslosenversicherung zu verschaffen. Im Gegensatz zu diesen Plänen haben sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften dafür ausgesprochen, daß durch eine befristete Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 Proz. die notwendigen Mittel zur Sicherung dieser sozialen Einrichtung aufgebracht werden. Das ist bisher von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden.

Mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Levi, der im Fieberwahn aus dem Fenster seiner Pariserwohnung gestürzt ist, hat die deutsche Arbeiterbewegung einen ihrer besten Männer verloren. Als ausgezeichnete und kenntnisreicher Redner hat er unzählige Male die Interessen der Verfolgten und Entwerteten im Reichstag und vor Gericht wahrgenommen. Er kam zwar aus dem Bürgertum, aber keine Drangsalierung, kein materieller Verlust hat ihn davon abbringen können, sein Bestes für das Proletariat zu tun. Im Reichstag vertrat er den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen, der auch eine starke Textilarbeiterbevölkerung hat.

In der deutschen Brotversorgung werden sich in der nächsten Zeit einige Änderungen zeigen. Die Reichsregierung hat einen Geleitzettelfertigstellung, der den Qualitätsgrad und den Gewichtsmaß festlegt. Künftig darf als Roggenbrot nur solches Brot verkauft werden, das mindestens 95 Proz. Roggen enthält. Ist es mit anderem Mehl vermischt, so muß es als Weizenbrot bezeichnet werden. Das Gewicht des frischen Brotklaubs muß mindestens 300 Gramm oder ein Vier-

trägt den derzeitigen Verhältnissen nach keiner Richtung hin Rechnung.

Das Vorhandensein eines Arbeitslofenheeres von über 3 Millionen, sowie die trostlose Finanzlage der Arbeitslosenversicherung auf der einen Seite verlangen gebieterisch Arbeitszeitverkürzungen auf der anderen Seite.

Die derzeitigen Verhältnisse machen eine Rückkehr zur normalen 48-Stunden-Woche erforderlich. Hierzu — und das wurde dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ganz ausdrücklich gesagt — mühte auf Grund der gesamten Wirtschaftslage und der bedrohlichen Arbeitsmarktlage für die Arbeiterschaft das Reichsarbeitsministerium von sich aus die Initiative ergreifen. Trotz all der schweren Bedenken, die die Gewerkschaften mit Recht in den Vordergrund schoben, wurde der Arbeitszeitentscheidungsanspruch für Schlesien in diesem Punkte für verbindlich erklärt. Gegen einen weiteren Punkt des Arbeitszeitentscheidungsanspruches erhoben die Gewerkschaften starke formale Bedenken. Es handelt sich hierbei um den Punkt, der in Streitfällen über die Mehrarbeit den zuständigen Schlichtungsausschuss eine bindende Entscheidung fällen läßt. Der Schlichter, der diesen Schiedsspruch gefällt hat, lehnte sich mit diesem keinen Vorschlag über alle gesetzlichen Körperlichkeiten hinweg und räumte dem Schlichtungsausschuss, dem vom Gesetzgeber nur das Vorschlagsrecht zugestanden worden ist, das Recht der bindenden Entscheidung ein. Eine solche Spruchpraxis, auf die Dauer weiter geübt, muß ganz naturgemäß zur Verächtlichmachung resp. zur Durcheinanderwerfung des Arbeitsrechts führen. Trotz dieser schweren formalen Bedenken wurde der Schiedsspruch auch in diesem Punkte für verbindlich erklärt. Da die Gewerkschaften fest entschlossen waren, gegen diesen im Schiedsspruch enthaltenen Formfehler rechtlich vorzugehen, auf der anderen Seite aber die Textilarbeiter in Schlesien eingesehen haben möchten, daß dieser Formfehler im Schiedsspruch unhaltbar sei, lehten sich beide Parteien nach der Verbindlichkeitserklärung an den Tisch und merzten diesen Formfehler durch folgende Zusatzvereinbarung auf freier Grundlage aus:

„Ziffer 2 Abs. 3 des Schiedsspruches über die Arbeitszeit vom 16. Januar 1930 wird wie folgt abgeändert:

Falls die Betriebsvertretung ihre Zustimmung verweigert, entscheidet endgültig eine tarifliche Schiedsstelle unter dem un-

faches davon betragen. Das Reichsernährungsministerium verspricht sich von diesen Maßnahmen einen Mehrverbrauch an Roggen, der der Landwirtschaft zugute kommen soll. Ob diese Erwartung in Erfüllung gehen wird, erscheint sehr zweifelhaft. Richtiger wäre eine Einschränkung des Roggenanbaus, besonders beim Großgrundbesitz, und dafür eine Förderung der Erzeugung soenannter veredelter Produkte durch die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln. Auf jeden Fall werden die Verbraucher durch dieses Gesetz besser als bisher gegen Uebervorteilung beim Kauf von Brot geschützt sein.

Der neue Unterrichtsminister in Preußen, der Sozialdemokrat Grimme, hat sich gleich bei seinem ersten Auftreten im Landtag bei der bürgerlichen Presse unbeliebt gemacht. Er wies nämlich darauf hin, daß es jetzt weniger auf die Bildung der „Persönlichkeit“ ankomme, sondern auf die Erziehung der Masse zu Menschen. Jedem aufgeklärten Arbeiter ist klar, was Grimme damit sagen wollte: Daß die Bildung nicht allein für die kleine Minderheit der Besitzenden da sein darf, sondern vor allem für die breiten Schichten der Rinderbemittelten und der Besitzlosen. Das Bürgertum hat bisher in dieser Beziehung vornehmlich an sich selbst gedacht, während die Arbeiterschaft nur so viel Wissen erwerben konnte, wie sie für die Bedienung der Maschinen und ähnliche Tätigkeiten im Interesse des Kapitals bedarf. Daß ein sozialdemokratischer Unterrichtsminister darin andere Wege geht, ist selbstverständlich; und ebenso selbstverständlich ist es, daß sich die bürgerliche Presse darüber entrüstet.

parteilichen Vorhitz des Schlichters mit je zwei Beisitzern.

Die Schiedsstelle hat binnen drei Tagen nach Anruf zu entscheiden.

Der unparteiliche Vorsitzende dieser Schiedsstelle ist berechtigt, sich im Vorhitz durch einen von ihm zu bestellenden anderen unparteilichen Vorsitzenden vertreten zu lassen.

Wie schlecht muß das Reichsarbeitsministerium durch den von ihm vorgeschickten Verhandlungsführer beraten gewesen sein, daß es zu einer derart unverständlichen Verbindlichkeitserklärung schritt.

### Württemberg

Ganz umgekehrt liegen die Dinge in Württemberg. Dort wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Lohn-, den Manteltarif und das Arbeitszeitabkommen regeln sollte. Dieser Schiedsspruch verlagert der dortigen Textilarbeiter die Lohnhöhe. In der Arbeitszeit verschlechtert der Schiedsspruch dieselbe dahingehend, daß die bis dato mit Zustimmung der Betriebsvertretung auf 54 Stunden höchstbegrenzte Arbeitszeit pro Woche nunmehr auf 60 Stunden erweitert werden kann. Trotz der riesigen Arbeitslosigkeit Erweiterungsmöglichkeit von 54 auf 60 Stunden. Im Manteltarif steht der Schiedsspruch eine ganz bescheidene Abbausicherung der Akkordlöhne für die Arbeiterschaft vor. Diese Abbausicherung ist notwendig geworden, weil die Arbeitgeber durch systematischen Akkordlöhnbau die Akkordarbeiterschaft in der Textilindustrie dauernd um die Früchte ihrer durch körperliche Anstrengung geleisteten Arbeit brachte. Dieser Schiedsspruch wurde mit folgender Begründung des Reichsarbeitsministeriums nicht für verbindlich erklärt:

„Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung der Arbeitsbedingungen ist unverkennbar das Ergebnis allerseits mit Sorgfalt geleisteter Vorarbeiten. Der Schiedsspruch im ganzen gesehen entspricht bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit. Leider haben sich jedoch nach Fällung des Schiedsspruchs Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien über die Auslegung der Bestimmungen über die Akkordfestsetzung ergeben. Dieser Auslegungssstreit konnte auch in der Nachverhandlung im Reichsarbeitsministerium und in einer nachmaligen Besprechung mit den Tarifparteien unter dem Vorhitz des Schlichters für Süddeutschland nicht beseitigt werden. Unter diesen Umständen mußte von der Durchführung des Schiedsspruches im Wege des staatlichen Zwanges abgesehen werden.“

Wenn man sich nun diese Begründung genau ansieht, so heißt sie auf gut deutsch etwa wie folgt: Daß der Arbeiterschaft in Württemberg keinerlei Lohnhöhe gegeben wird, „entspricht bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit“. Daß der Arbeiterschaft in Württemberg die Arbeitszeit pro Woche um 6 Stunden verschlechtert werden kann, „entspricht bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile ebenfalls der Billigkeit“. Daß aber die Arbeiterschaft ein Recht darauf haben soll, sich ihre Akkordlöhnsätze nicht willkürlich abbauen zu lassen, „entspricht bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile nicht der Billigkeit“, da dadurch der Arbeiterschaft eine kleine Sicherung eingeräumt werden würde.

Mit dieser Begründung ist dem kommenden Schlichter der Weg gezeigt, den er bei einem weiteren Schiedsspruch zu gehen hat: Beibehaltung der alten Fassung im Lohnschiedsspruch, Beibehaltung der alten Fassung im Arbeitszeitentscheidungsanspruch, Herausnahme der einen kleinen Sicherung für die Akkordarbeiter, dann erst wird dieser Schiedsspruch vollständig „bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit“ entsprechen und für verbindlich erklärt werden können.

Das Reichsarbeitsministerium hat in dem Vertreter der diese Entscheidung zu verantworten hat, einen schlechten Berater gehabt. Ein solcher Berater ist nicht nur dazu angetan, dem Reichsarbeitsministerium Schwierigkeiten zu bereiten, sondern darüber hinaus wird er für die breite Öffentlichkeit eine Gefahr.

# Nichtbeteiligung an der Betriebsratswahl ist gleichbedeutend mit Verzicht auf die von den Gewerkschaften erkämpften Schutzrechte

# Aus der Textilindustrie

## Textilrohstoffmärkte.

Auf dem Markt für Spinnstoffe haben sich besonders für Wolle Preisrückgänge ergeben. Die Schuregebnisse der großen Schafzuchtländer — in Frage kommt besonders Australien — sind dabei kaum gewachsen. Der Grund für den Preisrückgang ist auf anderen Gebieten zu suchen und wahrscheinlich in der falschen Taktik der Verkäufer zu finden. Die Zurückhaltung der Verkäufer hat zwar in den letzten Monaten des verflohenen Jahres die Preise vorübergehend halten können. Dann verlagte das Mittel der Angebotverknappung, und auf der letzten Londoner Versteigerung von Anfang Februar setzten sich Rückgänge von 15 bis 25 Proz. durch. Ueberdies mußten wieder große Mengen zurückgezogen werden. Die Aussichten sind nicht gerade ermutigend.

Dasselbe gilt auch für die Baumwolle. Die Ernte in Nordamerika ist etwa mittel ausgefallen. Über die amerikanischen Arbeiter scheinen von der Krise schwerer betroffen zu sein, als man im Anfang annahm. Deshalb greift die Baumwollproduktion in Nordamerika zu Gewaltmitteln. Die neu gegründete Zentralgenossenschaft, die den Zweck hat, das Angebot von Baumwolle durch Kreditvergabe an die Baumwollfarmer zu verhindern, hat erklärt, daß sie an ihren Beseitigungsmöglichkeiten nicht festhalten könne, wenn zu viel Baumwolle gepflanzt werde. Die Genossenschaft fordert eine Verringerung der Anbaufläche von 46 Millionen Acres auf etwa 40 Millionen. Ob die Zentralgenossenschaft mit diesem Plan Glück hat, kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre nur bezweifelt werden.

## Aufstellung der Weltabnahmämärkte durch die Kunstseidenindustrie?

Die Kunstseidenindustrie ist diejenige, die international ziemlich gleichmäßig gegliedert ist. Alle Produzentenländer sind durch Abmachungen irgendwelcher Art verbunden. Nunmehr soll eine weitere gesteckte Verständigung erfolgen. Die geplante internationale Kunstseidenverständigung soll die ganze Welt umfassen. Die amerikanischen Kunstseidenhersteller stehen einer internationalen Verständigung über den amerikanischen Markt freundlich gegenüber. Voraussetzung hierfür ist, daß das Einfuhrkontingent von 1929 nicht überschritten wird. Es soll ein dreigliedriges Komitee gebildet werden, bestehend aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem Engländer. Die Arbeiten dieses Komitees werden auf Grundlage der Kunstseidenverträge der einzelnen Länder in den Jahren 1928 und 1929 basieren. Außerdem wird die Zahl der 1929 im Betrieb gewesenen und der stillgelegten Spinnereien ermittelt werden, um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder und Fabriken festzustellen. Ueber den chinesischen Markt soll mit den Japanern eine Verständigung herbeigeführt werden. — Das ist in kurzem der Plan zur Aufstellung der Weltabnahmämärkte. Hoffentlich führen diese Vereinbarungen nicht dazu, daß den breiten Massen der Kauf der Kunstseidenherzeugnisse verleidet wird. Nur Preisherabsetzung kann die Absatzgebiete der Kunstseidenindustrie vergrößern.

## 2. Tagung des von der Internationalen Arbeitskonferenz eingesetzten Ausschusses für die Prüfung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat auf ihrer Tagung im Jahre 1928 in einer Entschließung den VR gebeten, die Zweckmäßigkeit von Untersuchungen über Löhne, Arbeitszeit, gesundheitliche und andere Verhältnisse bei der Beschäftigung von Frauen und Kindern in der Textilindustrie der verschiedenen Länder zu prüfen.

Der VR hat nach Erörterung dieser Entschließung auf seiner 42. Tagung einen Ausschuss eingesetzt. Der Ausschuss soll insbesondere erwägen, auf welche Zweige der Textilindustrie und auf welche Fragen im besonderen (Arbeitszeit, Frauen- und Kinderschutz, Löhne, Kosten des Lebensunterhalts, Gestehungskosten, gesundheitliche Verhältnisse usw.) die anzustellende Untersuchung sich zu erstrecken hätte.

Der Ausschuss setzt sich aus folgenden zwölf Mitgliedern zusammen:

- Gruppe der Regierungsvertreter:
  - Betterton, Sir Atul Chatterjee, de Michelis, Yoshisaka.

# Arbeitgeber und Arbeitslosenversicherung

Die Neuerungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes haben im großen und ganzen den Versicherten keine Verbesserungen gebracht. Eher kann man von dem Gegenteil reden. Eine der einschneidendsten Neuerungen besteht darin, daß ein großer Teil Arbeitnehmer aus der Versicherung herausgenommen sind, indem man für sie Befreiungsmöglichkeiten von der Versicherungspflicht schuf. Von sehr großer Bedeutung ist hier der § 75a des Gesetzes. Dieser bestimmt: „Versicherungsfrei sind geringfügige Beschäftigungen von Personen, die nicht berufsmäßig überwiegen, als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegen, ferner geringfügige Beschäftigungen von Personen, die berufsmäßig überwiegen, als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegen, dann, wenn sie nicht berufsmäßig ausgeübt werden. Geringfügig im Sinne dieses Gesetzes ist eine Beschäftigung, wenn sie auf weniger als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche

zentralen Stellen und gegebenden Körperschaften (Reichsanstalt, Reichsarbeitsministerium) trotzdem ihnen diese Lücke bekannt ist, bis heute noch keine Klipp und klare Auskunft über die Auslegung gegeben haben. Streitfragen auf Grund des § 75a tauchen in der Praxis jeden Tag auf. Auch wenn vom Arbeitgeber gemäß § 75 Befreiungsanzeigen bei den Krankenkassen eingehen und anerkannt werden, so muß er doch seinen Beitragsanteil (die Hälfte des Gesamtbeitrages) auch für diese Versicherten an die Einzugsstellen abführen. Beitragsfrei sind dabei nur die Arbeitnehmer. Sie tauschen aber dafür den erheblichen Nachteil ein, daß sie keinen Anspruch auf Leistungen aus der Versicherung haben. Sie würden wohl gern ihren Beitragsanteil tragen und sich dadurch den Schutz der Versicherung sichern. Es gehen beispielsweise die Meinungen darüber auseinander, ob Heimarbeiter unter

geher keinen Vorteil haben, wenn diesen Befreiungsanträgen auch wirklich entsprochen werden sollte. Sie müssen ja ihren Arbeitgeberanteil zum Beitrag trotzdem abführen. Die Arbeitnehmer haben von der Befreiung auch keinen Vorteil, sondern nur Nachteile. Es muß deshalb die Frage auftauchen, warum der Verband so sehr für die Einreichung der Befreiungsanzeigen eintritt. Dieser Grund wird in dem erwähnten Rundschreiben auch verraten. Es heißt da mörtlich:

„In diesen Fällen hat allerdings der Arbeitgeber nach § 143b WVG die Beiträge weiterzuzahlen, es entfällt aber der Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung für die betr. Arbeitnehmer, so daß die Erstattung der Befreiungsanzeige zur allgemeinen Entlastung der Arbeitslosenversicherung führt.“

Der Verband gibt hier also selbst zu, daß seine Arbeitgebermitglieder direkt keinen Vorteil von der Befreiung haben. Man will jedoch durch die Befreiungen den Arbeitnehmern die Möglichkeit nehmen, Leistungen der Versicherung zu genießen. Dadurch sollen die Ausgaben der Versicherung vermindert werden. Man will also, selbst wenn man keinen eigenen Vorteil davon hat, die Ärmsten der Armen — denn die Heimarbeiter gehören zu diesen — um die lumpigen paar Mark Unterstützung bringen! Fürwahr, eine edle Bestimmung! R!—s.

## Wie wird das Frühjahrsgeschäft

Schlechte Aussichten für das Frühjahrsgeschäft. — Textil und Konfektion werden etwas besser beurteilt.

Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich in seinem letzten Wochenbericht mit den Aussichten für das Frühjahrsgeschäft, die es sehr pessimistisch beurteilt. Das Institut bezieht sich darauf, daß es sich bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit um eine konjunkturelle Erscheinung handelt, und daß die saisonmäßige Erleichterung im Frühling sich nicht so stark durchsetzen wird wie sonst.

Am besten werden noch die Aussichten in der Textilindustrie beurteilt. Da im Vorjahr wegen der Kälte das Frühjahrsgeschäft fast vollständig ausgefallen sei, müßten vielfach Käufe, die im Vorjahr nicht vorgenommen worden sind, in diesem Jahre nachgeholt werden. Dadurch könne der konjunkturelle Umkehrgang vielleicht etwas gemildert werden.

Stärker als bei den Textilien wird sich die konjunkturelle Einkommensdrückung vor allem bei Kultur- und Luxusartikeln auswirken. Bei Hausrat einschließlicher Möbeln kommt noch hinzu, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Frühjahr 1930 wahrscheinlich gering sein wird.

Die Prognose des Konjunkturforschungsinstituts beweist wieder mal die Notwendigkeit einer positiven Konjunkturpolitik. An der fehlt es aber. Selbst wo man Konjunkturpolitik im besten Sinne hätte treiben können, mit der Geldverbilligung durch Heruntersetzung des Reichsbankdiskonts hat die Reichsbank zu lange gewartet und damit wertvolle Zeit verloren. Andererseits wird die an sich durch Arbeitslosigkeit beeinträchtigte Kaufkraft durch den Unfug der deutschen Preisbildung erschlagen. Das Konjunkturforschungsinstitut stellt allerdings fest, daß die Preise im Einzelhandel zurzeit nicht unbedeutend nachgeben. Das müßte dazu führen, daß in den kommenden Monaten die Bewegung der Umsatzmenge etwas günstiger erscheinen werde als die Umsatzwerte, doch werde sich der Betriebserfolg vorerst noch nicht zum Besseren wenden, weil, nach den Erfahrungen der Ausverkaufszeit, bei der derzeitigen geschwächten Kaufkraft ein regerer Absatz nur bei stark kalkultierten Preisen erzielt werden könne. Wir können den Ruf des Konjunkturforschungsinstituts nach einer schärferen Preisakkulation und nach einer radikalen Preisherabsetzung nur unterirdisch begrüßen. Sie ist im Interesse unserer Wirtschaftsbetriebe unbedingt notwendig. Sie ist auch durchzuführen, wenn das Unternehmertum endlich mal auf die überfetzten Profitaufreuzer verzichten möchte.

## Moldenhauers Traum



!!!!!!!

Gott sei Dank, es war nur ein Traum. Steuern dürfen nur die breiten Massen bezahlen

entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist oder wenn für sie kein höheres wöchentliches Arbeitsentgelt als 8 Mk oder kein höheres monatliches Arbeitsentgelt als 35 Mk. vereinbart oder ortsüblich ist. Eine Beschäftigung, die nur deswegen unter diesen Grenzen bleibt, weil der Arbeitnehmer in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht (Kurzarbeit), ist nicht als geringfügig anzusehen.“ Dieser Paragraph bedeutet für die davon Betroffenen eine große Härte. Darüber hinaus ist er so unglücklich abgefaßt, daß man nicht weiß, wer nun eigentlich auf Grund desselben versicherungsfrei ist. In der Fachpresse der Arbeiterversicherung liegt man hierüber die widersprechendsten Ansichten. Auch die einzelnen Arbeitsämter und Krankenkassen als die gegebenen Auskunftstellen sind sich über die Auslegung dieser Bestimmung nicht einig. Es kommt dies auch zum großen Teil daher, daß die maßgebenden

die Befreiungsmöglichkeit des § 75a fallen. Im Interesse der Versicherten muß man dies verneinen. Hierin wird man bestärkt durch den § 75c des Gesetzes. Es wird in demselben gesagt, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt außer den Zwischenmeistern noch weitere Gruppen von Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden von der Versicherungspflicht befreien kann. Hieraus ist zu folgern, daß nach dem heutigen Recht Heimarbeiter u. U. nicht versicherungsfrei sind.

Obgleich also die Rechtslage über die Versicherungsfreiheit oder Versicherungspflicht der Heimarbeiter zum mindesten noch fraglich und ungeklärt ist, verdient ein sächsischer Arbeitgeberverband an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in welchem er auf Grund der gesetzlichen Vorschriften auffordert, die geringfügig Beschäftigten (Heimarbeiter) zu befreien. Die Arbeitgeber werden also aufgefordert, für diese Personen bei den Krankenkassen Anträge auf Befreiung von der Versicherungspflicht einzureichen. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß die Arbeit-

- Arbeitgebergruppe:
  - Forbes Watson (Stellv.: Khaitan), Fujita (Stellv.: Miyajima), Olivetti, Hodac (Stellv.: Tschurtschin).

- Arbeitnehmergruppe:
  - Poulton, Jouhau, Müller, Caballero.

Die erste Tagung des Ausschusses hat am 24. und 25. Juni in Genf stattgefunden. Die zweite Tagung, die am 9. und 10. Dezember 1929 in Genf unter dem Vorsitz des großbritannischen Regierungsvertreters John Hilton stattfand, hatte sich mit der Prüfung des vom IAA auf Grund des Ersuchens der erster Tagung des Ausschusses aufgestellten Entwurf eines Fragebogens zu befassen. Dieser Entwurf enthält den allgemeinen Plan der Erhebung über die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie (Wolle und Baumwolle). Er befaßt sich insbesondere mit den Löhnen und der Arbeitszeit. Die Erhebung des IAA wird sich auf folgende Länder erstrecken: Europäische Länder: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Polen, Rumänien, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei. Außeruropäische

- Länder: Brasilien, China, Indien, Japan, Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten.

Der Ausschuss hat beschlossen, die Erhebung auf die größtmögliche Anzahl von Betrieben jedes der vorgesehenen Länder auszudehnen. Sie soll einen Lohnzeitraum innerhalb der normalen Tätigkeit der Industrie für jedes Land und jeden der genannten Industriezweige umfassen. Dieser Zeitraum kann daher bei den einzelnen Ländern auf verschiedene Daten fallen. Er soll sich jedoch innerhalb eines Zeitraums von einigen genau bestimmten Monaten halten. Weiter hat der Ausschuss den allgemeinen Umfang der Erhebung, die zu erfassenden Industriezweige und Arbeitergruppen, festgelegt. Angesichts der Bedeutung der Frauen- und Kinderarbeit in der Textilindustrie ist beschlossen worden, alle Arbeitergruppen in Altersklassen und nach Geschlechtern zu teilen.

Das IAA wird ersucht, unter Berücksichtigung der Wünsche des Ausschusses den endgültigen Fragebogen aufzustellen, der dem VR auf seiner nächsten Tagung im Februar 1930 vorgelegt wird.

Nur auf starke Organisationen gestützte Betriebsräte vermögen der Unternehmerwillkür im Betriebe mit Erfolg zu begegnen



## Eine Frau allein Ein Lebensroman einer Amerikanerin

„Über 30 Jahre habe ich gelebt und während dieser Jahre an den Quellen der Bitterkeit getrunken. Ich habe Liebe empfunden, und die Bitterkeit hat mich verlassen. Doch es gibt Zeiten, in denen die Liebe selbst bitter ist.“ So schreibt Agnes Sundlee, eine Amerikanerin, am Schluß ihres Lebensromans „Eine Frau allein“.

Von wenig Freude, aber viel Pein, viel Schmerzen der Armen, der Bedrückten, zu denen sie gehörte, weiß sie zu berichten. Ihr Weg aus dem Glendproletariat heraus ist schwer und mühsam, aber ihr zäher Wille, sich von innerer Not zu befreien, ihre Sehnsucht nach Wissen und Bildung helfen ihr diesen Weg finden. Wir werden gepackt von ihrem Heldentum, ihr Lebensweg erfüllt uns mit Bewunderung, da sie sich trotz ihres Glends zu einer Lebensbejahung durchgerungen hat, die allen Frauen viel zu sagen hat.

### Geschlagene Kindesseele

Ihre einzige glückliche Kindheits-erinnerung ging zurück „an ein seltsames, zartes und geheimes Gefühl“, als ihr Vater sie im Schlafe an seinen Körper gepreßt hielt. Ihre nach Liebe sich sehrende Seele hatte dieses Gefühl aus ihrer frühesten Kindheit behalten, da es rein und ungetrübt war. Schon sehr bald erfuhr sie die Trübe ihres Daseins, sie lernte ihre Mutter hassen, da sie von ihr nicht verstanden wurde, da sie ihr „ihre herrlichen Feuer, ihre glorreichen Feuer“, die sie sich hinter dem Hause aus Freude und Sehnsucht nach Wärme und Licht anzündete, zerstampfte. Es schien ihr, als zerstampfte die Mutter auch etwas in ihr. Ihre Phantasie arbeitete so sehr, daß sie als Kind ihre Tagträume und die Wirklichkeit noch nicht unterscheiden konnte. Die Mutter warf ihr Lüge und Böswilligkeit vor, prügelte sie, daß das Kind alles Zutrauen zu ihr verlor. „Doch schließlich lernte ich, was eine Lüge ist: damit meine Mutter mit ihren Schlägen einhielt, sagte ich, ja, ich habe gelogen und es tate mir leid. Nun bekam ich nachmals Prügel dafür und auf diese Weise gewöhnte ich mich daran, meiner Mutter nur Dinge zu erzählen, von denen ich wußte, daß sie sie hören wollte.“ Noch in ihrem späteren Leben machte es ihr Schwierigkeiten, die Wahrheit zu sagen, immer wieder entdeckte sie sich dabei zu übertreiben und zu lügen. So verstand es die Mutter, alle Liebe zu sich herauszuprügeln, und an Stelle der Liebe unzählbaren Haß zu setzen. Nur eine Sehnsucht lebte in dem Kind, bald groß und erwachsen zu sein, da sie begriff, daß die Erwachsenen, nur weil sie groß waren, die Macht hatten, mit ihr zu tun, was sie wollten.

Welch eine abgrundtiefe Pein wurde schon in frühester Zeit in diese Kindesseele gelegt, das ganze Leben sollte davon beeinflusst werden. Man impfte dem Kind den Glauben ein, ein böswilliges Geschöpf zu sein, und alle Tränen, die Agnes Sundlee damals darum geweint hat, konnte sie nie wieder vergessen.

So wuchs sie unter Schlägen und Lügen auf und ihre Kindheit wurde beschattet von dem Schmutzigen und Trüben in ihrem Elternhause. Einsamkeitsgefühle, und die Sehnsucht aus diesem Glend herauszukommen, verbitterten schon früh ihr Leben.

### Proletarierlos und Proletariersehnsucht

Der Vater, der es satt hatte, Tag für Tag auf einer kleinen Farm zu schuften, ohne einen Erfolg zu sehen, und getrieben von der Mutter, in der Stadt eher etwas zu werden, gab den festen Wohnsitz auf. Er bekam Arbeit in einem Bergwerk. Die unglaublichen Ausbeutungsmethoden der Unternehmer, die elende Wohnhütte, der Zwang, die Bucherpreise in der Kantine zu zahlen, machten das Glend der Familie noch größer. Jant, Streit, Brutalität von Seiten des Vaters beherrschten das Familienleben. Agnes, jeden Einbruchs zugänglich, litt am Bewußtsein dieser Armut, und ihre Sehnsucht, herauszukommen aus diesem Glend, wuchs in ihr. So gelang es ihr bald, von Ehrgeiz befeuert, den Ehrenplatz in der Schule zu erreichen. Es gab ihr eine Genugtuung, den anderen besser gekleideten Kindern gegenüber, so daß ihr das Leben in der Schule dadurch erleichtert wurde. Aber die Not und Sorge zu Hause, der Vater hatte sie schließlich verlassen, ihr frühes Mitverdienenden lähmten ihre Arbeitskraft in der Schule. Um ihrer Mutter zu helfen, versuchte Agnes ganz bewußt, die nötigen Nahrungsmittel und Bekleidung zu stehlen. Sie wurde eine geschickte kleine Ladendiebin. Die Mutter war zu müde, zu elend, um die gestohlenen Sachen nicht anzunehmen.

Die wüsten Szenen mit ihrem Vorne, wenn er einmal zu Hause war, die große Arbeitslast hatten sie zernüchert. Agnes fühlte die Not ihrer Mutter, sie sah die Schutzlosigkeit der Frauen, die der

Brutalität des Mannes ausgeht waren. Ihr Haß gegen den Mann, gegen die Ehe und die damit verbundene Abhängigkeit der Frau wurde in ihr wach und ihre Sehnsucht, etwas zu lernen, um unabhängig zu sein, wurde stärker. Es gelang ihr, trotzdem sie selbst nicht richtig lesen und rechnen konnte, Lehrerin zu werden. Dann in buntem Durcheinander wurde sie abwechselnd Schülerin, Studentin, Abonnementsverkäuferin, Redakteurin, Agitatorin. Das Leben war hart, grausam zu ihr. Oft hatte sie keinen Cent mehr in der Tasche, hungerte tagelang, bis sie ohnmächtig zusammenbrach. Aber sie gab nicht nach, ließ sich vom Leben nicht mehr unterkriegen, mit bewunderungswürdiger Fähigkeit und Tapferkeit nahm sie den Kampf immer wieder auf. Ihr Bildungshunger und ihr Unabhängigkeitsdrang gaben ihr immer wieder Kraft.

### Frau und Ehe

Sie wollte keine Ehe, sah in ihr nur die Knechtschaft der Frau. Sie glaubte an keine Liebe, die Kameradschaft und Verstehen zwischen zwei Menschen erstreben läßt. „Konnte Liebe wirklich frei und schön sein, konnten Menschen wirklich zart und doch nicht schwach sein? Gab es wirklich eine Liebe, die frei von Gefahr und Unterwerfung für die Frau war?“

Ehe bedeutete ihr „Kinder, weinende, klagende Frauen und schimpfende Männer“. Ehe bedeutete ihr „Angst“. Trotzdem war Agnes Sundlee mehrmals verheiratet, ihr Wunsch nach Liebe, Zärtlichkeit und Kameradschaft, der hinter ihren rohen und abweisenden Art verborgen lebte, war allzu stark.

Sie wollte in ihrer Ehe aber keine Kinder, über ihr hing immer die Furcht vor Kindern und Armut. Und als sie sich doch schwanger und unfähig zur Arbeit fühlte, stieg in ihr ein Haß gegen ihren Mann auf, der die Ehe vollkommen gerrüttelte. Nach langem Suchen findet sie einen Arzt, der ihr die Frucht abtreibt. Die Schilderung dieser geheimen Operation ist eine so ungeheure Anklage gegen den § 218, die vielleicht den Verteilern dieses Paragraphen noch manches zu sagen hätte.

### „Bitte 50 Dollar“

„Bitte 50 Dollar und die Sache ist in 10 Minuten erledigt. Gott, wie mich die Scham und

Heimlichkeit, die alles durchbrangen, frant machten, dieses auf weichen Sofen herumzuschleichen, diese dauernd wiederholte Bitte, ich solle mich ruhig verhalten. Die Schwester brachte in einer Schale eine dunkle Flüssigkeit. Die machte mich todtraum. Ein entsetzlicher Schmerz sprang in mir auf, ein dumpfer, tödlicher, pressender Schmerz, als ob man mir alles Leben aus dem Körper herausreißen wollte, ein lauter Schrei entquoll meinem Munde. Im gleichen Augenblick preßte die Schwester mir eine ihrer Hände über den Mund und drückte mich mit ihren starken Armen gegen den Tisch. „Halten Sie doch den Mund“, schrie sie mich an, „oder wollen Sie uns vielleicht die Polizei auf den Hals hehen!“ Der Arzt fluchte! „Können Sie sich denn nicht zusammennehmen!“ schnauzte er mich brutal an.

### Gefühlsmässige Auflehnung

Schon sehr bald wurde Agnes Sundlee Sozialistin, rein gefühlsmässig hatte sie sich dazu entschlossen, in Auflehnung gegen die Not der Bedrückten, gegen die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter. Sie ging in sozialistische Versammlungen, um etwas zu lernen, „immer wollte ich alles lernen, aber mir blieb dennoch nur ein Gefühl von Ohnmacht und Erniedrigung zurück“. Als der Krieg ausbrach, wurde sie aufgefordert, an der Antikriegspropaganda teilzunehmen. Sie tat es, da sie auch jetzt rein instinttmässig gegen den Krieg war. Den Krieg und seine Ursachen konnte sie nicht begreifen, sie wußte aber, daß es die Arbeiter und kleinen Leute sein würden, die als gemeine Soldaten an die Front geschickt und in Stücke zerrissen wurden.

In dieser Zeit lernte sie einen Anderen kennen, der in der indischen Freiheitsbewegung stand und der ihr für eine Zeit ihres Lebens Führer wurde. „Wenn Liebe und Wissen eins werden, wird eine Kraft geboren, die durch nichts gebrochen werden kann. Ich glaube nicht, daß es im Leben noch irgendetwas anderes gibt, was mit der Stärke des Daseins und mit der Vernichtung am Ende verjöhnen kann.“

### USA.-Gefängnis

Es gelang ihm, sie für die indische Freiheitsbewegung zu interessieren, die sie eine ganze Zeit

in Bann nahm, der sie ihre Kräfte widmete, für die sie die Gefängniszellen Amerikas kennenlernte. Die englischen Agenten und die amerikanischen Polizei ließen sie als Spionagedächtige in das Gefängnis werfen. Sie lernte die brutalen und menschenunwürdigen Zustände der Gefängnisse kennen, wo man sie hungern, dursten und frieren ließ, um ein Geständnis aus ihr herauszupressen. Die unglaubliche Handhabung des Verhörs, demütigender und barbarischer als die mittelalterliche Inquisition, will aus ihr die Namen und Adressen ihrer indischen Freunde herausholen.

Als der Krieg zu Ende war, wurde sie ohne jede Verhandlung aus dem Gefängnis entlassen, ihre Kräfte widmete sie weiter der indischen Bewegung. Sehr bald wurde sie von der führenden sozialistischen Zeitung New Yorks als Reporterin beschäftigt, so daß sie nun Gelegenheit fand, sich dem Sozialismus noch stärker zu widmen.

### Die Quellen des Lebens

Nach einmal wird sie von der Liebe eines Mannes gefangen genommen, geht mit ihm die Ehe ein, die aber auch bald wieder gelöst wird. „Jetzt stehe ich am Ende eines Lebens, und an der Schwelle eines neuen, nachdenkend, abwägend. Um mich liegen die Trümmer eines Daseins. Sterben hätte schon sein können. Doch ich gehöre nicht zu denen, die um der Schönheit willen sterben. Ich gehöre zu denen, die aus anderen Gründen sterben, von Armut erschöpft, Opfer des Reichums und der Macht, Kämpfer in einer großen Sache. Menschen sterben verzweifelt in dem Schmerz über die Enttäuschung einer großen Liebe. Doch für die meisten von uns springen aus den Erschütterungen eines Erdbehens nur neue Quellen des Lebens. Denn wir gehören der Erde und wir ringen um sie.“

Mit diesen Worten schließt Agnes Sundlee ihre Lebensgeschichte. Mag manches bei ihr übersteigert sein, nur geleitet vom Gefühl, so erfüllt uns ihr Lebenskenntnis, ihr Mut und ihre Bejahung zum Leben doch mit der größten Bewunderung. Trotz aller Schwierigkeiten ist es ihr gelungen, den Weg zu einem geistig freien, menschenwürdigen Dasein zu finden.

L. Korspeter

## Sachsen verschlechtert die Staatsbeihilfen für Schwangere

### Das sozialpolitische Gesicht einer reaktionären Regierung

In Sachsen besorgt eine arbeiterfeindliche Regierung die Staatsgeschäfte. Unter der Devise: Sparpolitik zu treiben, versucht sie natürlich in erster Linie sozialpolitische Maßnahmen abzubauen.

Zuerst mußte die Schwangerenbeihilfe für gewerbliche Arbeiterinnen herhalten. Schon im vergangenen Jahr war ein solcher Versuch unternommen worden. Damals verwahrte sich die organisierte Arbeiterschaft sofort und mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Hilfe an werdende Mütter. Tatsächlich gelang es auch einen Eingriffe in bestehendes Recht abzuwehren.

Nachdem aber die Bürgerlichen jetzt ganz unter sich sind, haben sie auch den immer wieder erstrebten Abbau der Schwangerenbeihilfe durchgesetzt. Das ist einem Rundschreiben des „Hauptvorstandes deutscher Krankenkassen e. B., Landesverband Sachsen“ zu entnehmen. Darin wird den sächsischen Krankenkassen unterm 31. Januar 1930 folgendes mitgeteilt:

„Dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhielten wir durch Schreiben vom 10. Januar 1930 mitgeteilt, daß letztmalig 50 000 Mk. dem Landesverband als Staatshilfe an Schwangere zugestellt werden.“

Da aber die sächsischen Klassen schon wesentlich höhere Beträge für diesen Zweck geleistet hatten und weil uns die Beseitigung der Staatsbeihilfe, namentlich in dieser plötzlichen Weise, nicht gerechtfertigt erschien, hatten wir beim sächsischen Ministerpräsidenten um eine Unterredung nachgesucht, welche uns auch gewährt wurde.

Zu dieser Unterredung hatte der Herr Ministerpräsident Dr. Bürger den Herrn Minister Richter — dem zur Zeit das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium unterstellt ist — hinzugezogen. In dieser Besprechung wurde uns zugesichert, daß vorläufig die Staatsbeihilfe in der bisherigen Form durch die Krankenkassen weitergezahlt werden könne, daß aber eine andere Regelung beabsichtigt sei. Nunmehr ist uns heute vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium das folgende Schreiben zugegangen:

„Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat dem Landesverband bei der Ueberweisung von 50 000 Mk. am 10. Januar 1930 mitgeteilt, daß es sich um die letztmalige Ueberweisung handele, da im Haushaltsplan 1929 weitere Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen und es fraglich ersehe, ob im Haushaltsplan 1930 wiederum Mittel zur Durchführung der Schwangerenfürsorge bemilligt werden. Da das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium nicht zulassen kann, die Beihilfe in der bisherigen Höhe an den Landesverband anzuzahlen, so erscheint es ihm zweckmäßig, wenn ab 1. Februar 1930 von den Krankenkassen die Beihilfen dahin eingeschränkt werden, daß der Unterschiedsbetrag zwischen Wochengeld und Grundlohn an Arbeiterinnen, die auf Grund des Gesetzes über die Wochenhilfe vom 18. Mai 1929 ihre gewerbliche Arbeit nicht ausgeübt haben, erst gezahlt wird, wenn zwei Wochen lang die Krankenkassen drei Viertel des Grundlohns auf Grund dieses Gesetzes als Wochengeld gewährt haben. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium glaubt einen Ersatz der von der Krankenkasse in dieser eingeschränkten Form ge-

währten Zuschüsse auch weiterhin zulassen zu können. Um eine zu hohe Vorausbelastung der Krankenkassen jedoch zu vermeiden, erscheint ihm eine Einschränkung der Zuschußgewährung in dieser vorgeschlagenen Form bereits ab 1. Februar 1930 zweckmäßig.

Im übrigen ändert sich an den Voraussetzungen für die Beihilfengewährung, wie sie in dem Rundschreiben vom 17. Juli 1929 enthalten sind, nichts...“

Demzufolge ist an Schwangere, die infolge Schwangerschaft ihre Arbeit niederlegen, erst nach Verlauf von zwei Wochen die Staatshilfe zu gewähren. Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen voll bestehen, also nur mit dem Unterschiede, daß die Unterstützung zwei Wochen später einsetzt.

Beispiel: Legt nach dem 31. Januar 1930 eine Schwangere infolge Schwangerschaft vier Wochen vor der Entbindung ihre gewerbliche Arbeit nieder, so fällt die Staatsbeihilfe für die ersten zwei Wochen aus und für die letzten zwei Wochen ist sie zu zahlen.

Beseitigt der Arzt, daß die Schwangere voraussichtlich innerhalb sechs Wochen niederkommen wird, so bleiben auch hier zwei Wochen frei, während für die restliche Zeit die Staatsbeihilfe zu gewähren ist.

Für Fälle, für welche schon die Zahlung der Staatsbeihilfe vor dem 1. Februar 1930 begonnen hat, gilt diese Einschränkung nicht...“

Sparpolitik auf Kosten der Mütter und angeborenen Kinder! Besser könnte sich der „teuflische“ sächsische Bürgerblock nicht charakterisieren. Hoffentlich sehen das die sächsischen Frauen nicht nur als Mütter, sondern auch als Wähler ein.

\*) „Mein Lebensroman“, Frankfurter Sozialis-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt am Main.

# Berichte aus Fachkreisen

**Dieringhausen.** In der am 19. Januar stattgefundenen Generalversammlung gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung der im Jahre 1929 Verstorbenen der Ortsgruppe. Es sind dies die Kollegin Hilde Müller und der Kollege Emil Linde. Außerdem gedachte man noch des so plötzlich verstorbenen Kollegen Otto Jehms. Durch Erheben von den Sigen wurde deren Andenken geehrt. Darauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der kundgab, daß im verfloßenen Jahre rege Arbeit und Agitation für die Organisation geleistet worden ist.

Dann gab der Kollege Römer den Kassenbericht, der ein erfreuliches Bild der Entwicklung unserer Ortsgruppe gab. Dem Kassierer wurde dann von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt. Zur Neuwahl des Vorstandes wurden die vorgeschlagenen Kollegen gewählt.

Ein Bericht der Festkommission gab der Kollege Karl Seibach. Seinerzeit war beschlossen worden, ein Winterfest zu veranstalten. Durch die Arbeitslosigkeit hat sich die Kommission veranlaßt gefühlt, die Sache nochmals zur Diskussion zu stellen. Es wurde beschlossen, die Erledigung der Angelegenheit der gewählten Festkommission zu überlassen.

Darauf hielt Kollege Diek einen kommunalpolitischen Vortrag, der beifällig aufgenommen wurde. Die Versammlung folgte den Ausführungen mit regem Interesse, was auch die dem Vortrag folgende Aussprache bewies.

Zu dem letzten Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen des Vorstandes, die schnelle Erledigung fanden. Nach Regelung einiger Fragen organisatorischer Art legte die Versammlung das Ergebnis ab, auch für das kommende Jahr für den Deutschen Textilarbeiter-Berband zu werben und zu wirken.

**Jüßen.** Am Samstag, dem 18. Januar, fand im Stadtsaal die Jahresgeneralversammlung statt. Die einen sehr guten Besuch aufwies. Erfolgreich fiert war auch die Jugend vertreten. Kollege Hader gab den Jahresbericht, aus dem ersichtlich ist, daß die Filiale auch im Jahre 1929 eine gute Entwicklung genommen hat. Die Mitgliedschaften sind nahezu unverändert, trotzdem in Jüßen wie auch in Kaufbeuren eine Anzahl Arbeiter ausgezogen sind und zwangsweise pensioniert wurde. Von den Finanzen kann behauptet werden, daß sie sich dem Streik wieder sehr gut erhalt haben. Der Beitragsfrage wird die nötige Aufmerksamkeit entgegengebracht. Der Erfolg ist auf diesem Gebiet nicht befriedigend, doch ist es bei der Ankündigung der Invalidenunterstützung schon merklich besser geworden. Besonders von den alten Mitgliedern wird diese Einführung auf das wärmste begrüßt. Zur Frage der Jugendbewegung ist am Orte in erster Linie die Sozialfrage entscheidend. Sie war bis heute noch nicht zu lösen und es wird auch in Zukunft in einem anderen Maße nicht leicht sein, dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Zum Jugendstreifen in Kaufbeuren wird auch die Filiale ihre Teilnahme, fordert es in ihren Kräften steht, finanziell, gleich dem Hauptort, unterstützen. Der Bericht wurde mit großer Aufmerksamkeit und mit Beifall aufgenommen. Kollege Kachenjwall gab den Revisionsbericht. Die Revisions gingen ruhig und glatt vonstatten. Die Bilanzworte liefen keine Veränderungen auf. Somit war die alte Ortsverwaltung nahezu einmütig wiedergewählt. Die „Opposition“, die sich bei solchen Gelegenheiten früher stets bemerkbar machte, trat nicht auf. Der größte Teil dieser Kollegen ist von den Parteien zu hiesiger Arbeit zurückgekehrt, und so konnte der Vorsitzende, Kollege Höp, nach einem eindrucksvollen Schlusswort die Versammlung schließen.

Der gemütlich feiere Teil begann. Die Ortsverwaltung hatte einen Familienabend arrangiert. Sonntags, Gehlag und humoristisches Gedichtes in kurzer Folge miteinander ab.

**Grödenhausen.** Die Jahresgeneralversammlung wurde einem beifälligen Verlauf. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erobten sich die anwesenden Kollegen und Kolleginnen zu Ehren der im Geschäftsjahre verstorbenen Kollegen und Kolleginnen von den Plätzen. Dem Bericht des Vorsitzenden folgte nach dem vergangenen Jahresbericht der Bericht des Kassierers über die wirtschaftliche Entwicklung der Ortsgruppe. Die Bilanzworte liefen keine Veränderungen auf. Somit war die alte Ortsverwaltung nahezu einmütig wiedergewählt. Die „Opposition“, die sich bei solchen Gelegenheiten früher stets bemerkbar machte, trat nicht auf. Der größte Teil dieser Kollegen ist von den Parteien zu hiesiger Arbeit zurückgekehrt, und so konnte der Vorsitzende, Kollege Höp, nach einem eindrucksvollen Schlusswort die Versammlung schließen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beantragt, den Lokalzuschlag um 10 Pf. zu erhöhen, um den Kampffonds für das kommende Jahr zu stärken, was gegen 6 Stimmen genehmigt wurde.

**Harth.** Die Verwaltungsstelle Hartha hielt am Sonntag, dem 12. Januar, im „Fortschritt“ ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Besuch derselben konnte ein besserer sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten des verstorbenen Hauptkassierers, Kollegen Jehms. Ihm zu Ehren erhob sich die Versammlung von den Plätzen. In Erledigung der Tagesordnung erstattete zuerst der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Beitragsleistung, die sich im vergangenen Geschäftsjahr etwas gebessert hat, darf für eine Verwaltungsstelle wie Hartha keineswegs befriedigend zu nennen sein. Lohnhöhen und Lohnkämpfe haben im Bereich der Verwaltungsstelle keine stattgefunden, auch ist die Verwaltungsstelle von Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht verschont geblieben. Mit einem Ausblick auf das Jahr 1930 mit seinen zu erwartenden Lohnkämpfen und Wirtschaftskrisen schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Dem Kassenbericht des Kassierers, Kollegen Scheffler, ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 30 601,30 Mk. betragen, dem die Ausgaben in Höhe von 23 168,17 Mk. gegenüberstehen. Der Kassenbestand beträgt 2433,13 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Beginn des Jahres 774 und am Schluß 747, mithin 27 weniger. Den Revisionsbericht erstattete der Kollege Richard Möbius. Von der Arbeiterinnenkommission gibt die Kollegin Martha Ram einen Bericht, nach welchem diese Kommission erstmalig in diesem Jahr tätig auf den Plan erschienen ist und erfolgreich zur Aufklärung und Schulung der Textilarbeiterinnen gute Arbeit geleistet hat. In der Aussprache über die Berichte stieg von der „Opposition“ nur der zur Genüge bekannte Kollege Dähne in die Arena. An den zum Vortrag gebrachten Berichten fand er nichts zu kritisieren, dafür langweilte er die Anwesenden mit seinen schon so oft gehörten Tiraden vom ADGB, von den Gewerkschaftsangehörigen, von der Haager Konferenz, von der SPD, usw. Unsere Kollegen Kiehl, Möbius, Reimer und der Vorsitzende leuchteten diesen Gemohnheitsdörger derartig heim, daß seine Redereien nur als leeres Stroh empfunden wurden. Die Reaktionen ergaben die Widerwahl der alten Ortsverwaltung. Die „Opposition“ brachte es auf 6 Stimmen. Unter Eingängen und Reminiscenzen gab es eine Aussprache über das Jugendstreifen am 15. und 16. Juni in Stuttgart, und über die Einführung der Invalidenversicherung im Verband. Der Vorstoß des Vorsitzenden, den Kollegen Badstübner von der Gewerkschaft einen Vortrag über diese Invalidenversicherung halten zu lassen, fand Annahme. Auch gab es Höheres über die Steuerüberprüfung bekannt. Dem Vorstoß des Vorstandes, der Arbeiterbibliothek 50 Mk. und das Wort Wessels, „Des alten Handwerkes Rechte und Gewohnheiten“, ebenfalls im Werte von 50 Mk. zu überweisen, wurde einstimmig zugestimmt. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma Richard Möbius, Kollege Kiehl, berichtete über die bei der Firma erfolgte Entlassung von zwölf jugendlichen Arbeitern. Anmerkt wurde, daß es dem Eintreten des Betriebsrates gelungen ist, daß eine ganze Anzahl Kündigungen wieder zurückgenommen wurden. Es war eine weit größere Anzahl Entlassungen in Aussicht genommen. Ebenfalls wurde anerkannt, daß sich diese Entlassungen kann vermeiden lassen und die Firma jederzeit ihr möglichstes getan hat, um Entlassungen nicht vorzunehmen. Hierüber entschlus sich eine Aussprache.

**Kirchberg, den 13. Januar 1930.** Vergangenen Sonntag hielt die organisierte Textilarbeiterchaft ihre Jahresgeneralversammlung ab. Zu Beginn der Tagung ehrte eine stattliche Anzahl von Kolleginnen und Kollegen den verstorbenen Kollegen Otto Jehms. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Reichelt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Kirchberger Textilarbeiterchaft unterlag im vergangenen Jahre größeren und weitreichenden Schwankungen, aber in den meisten Fällen gelang es der Organisation und den Betriebsräten, mit Erfolg einzugreifen. Bei den letzten Betriebsrätemahlen haben die meisten Betriebe vom Recht der gesetzlichen Betriebsvertretung Gebrauch gemacht, bei den fernenden Betrieben müßten aber in den Betrieben, wo noch keine Betriebsräte vorhanden sind, solche gewählt werden. Zufriedenstellend war die Betriebsbewegung und die Tätigkeit der Gesamtunion. Die Förderung der Arbeiterinnen- und Jugendbewegung, die Aufgabe aller Mitglieder sein. Trotz der ungünstigen Arbeitsverhältnisse und der damit verbundenen Steigerung der Arbeitslosigkeit ist die Filiale im vorigen Jahre über 5000 Mk. an Kranken- und Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt worden. Die finanzielle Lage ist befriedigend, hingegen läßt die Beitragsleistung viel zu wünschen übrig. Der Durchschnittswert der Beitragsmarken muß unter allen Umständen steigen, denn Kirchberg darf nicht für die Dauer am Ende der jährlichen Beitragsleistungen leben bleiben. Das Jahr 1930 stellt an die organisierte Textilarbeiterchaft gewisse Forderungen, denn die Einschränkung bzw. Beilegung der Doppelkassen und Abhebung aller ungewerkschaftlichen Überstunden ist das Ziel des Deutschen Textilarbeiter-Berbandes. Die Stärkung der Organisation ist der höchste Sieg, den die Kirchberger erreichen kann. Über die Zukunft, wie müssen vorwärts schreiten. Denn vom Kollegen Otto gefällten Entlassungsantrag wird ohne Widerspruch angenommen. Aufschließend gab Kol-

lege Kassis einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses des ADGB. Beide Berichte wurden ohne Aussprache anerkannt. Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten ergaben die einstimmige Annahme der Kommissionsvorschlagsliste. Etwas belebter wird es bei der Besprechung über die Einführung der Invalidenunterstützung, welche ja der kommende Verbandstag zu beraten hat. Die Aussprache ergab, daß die Einführung ein Fortschritt sei. Nur ein Kollege glaubte seinem parteigenösslichen Herzen Luft machen zu müssen, indem er meinte, derartige Einführungen schwächen die Kampfraft der Organisation. Niemand wird dem Kollegen seine Meinung rauben, aber es steht bestimmt fest, daß die Zerreißen der organisierten Arbeiterchaft einer Partei wüßten eine bewußte Verzögerung der menschlichen Rechte bedeutet, die ein jahrzehntelanger, jäher Kampf gebracht hat. Der Gedanke der Organisation lebt, nur fehlt die Erfassung der gesamten Arbeiterchaft.

Dieses Ziel zu erreichen, muß die ehrenvolle Aufgabe aller Organisierten sein, auch wenn die Stürme der reaktionären Zeit an den Fronten des Gebäudes rütteln. G. Th.

**München.** Am Samstag, dem 18. Januar, fand im Saale „Zum großen Bier“ in Schwabing die Generalversammlung der Filiale München und Umgebung statt. Die Sorge verschiedener Vorstandsmitglieder, daß der Saal für unsere Verhältnisse zu groß wäre, hat sich als ein Irrtum erwiesen, war doch die Besucherzahl eine derartige, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Entsprechend dem vorliegenden gedruckten Geschäfts- und Kassenbericht konnte sich der Kollege Seebacher zu diesem Punkt kurz fassen. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß trotz der schweren Krise die Organisation allen Anstürmen standgehalten hat. Zum ersten Male seit vielen Jahren ist zu verzeichnen, daß 100 Prozent der Mitglieder auch Beitragszahler sind. Das Verschwinden aller Papierfaktoren ist sicher als ein Gesundheitszeichen zu buchen. Hinsichtlich der durchschnittlichen Beitragshöhe von 66,3 Pf. mußte der Bericht feststellen, daß dieses Resultat nicht befriedigend kann, wenn auch beachtet werden muß, daß 87 Prozent weibliche Mitglieder sind. Die Lohn- und Tarifbewegungen standen im vergangenen Jahr auch in München unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. Bei der Herbsttagung konnten 64 Reuenaufnahmen und zahlreiche andere Zugänge verzeichnet werden. Anerkennenswert ist die Tätigkeit einiger Kollegen, welche bei ihrer Agitation gute Erfolge zu verzeichnen hatten. Jeder ist der Erfolg durch eine Anzahl Betriebsaufstellungen wieder aufgelassen worden. Die Finanzlage der Lokalkasse kann mit 2324 Mk. Kassenbestand als für die Münchener Verhältnisse angemessen bezeichnet werden.

Die anschließende Diskussion ergab, daß ein durchaus reibungsloses Zusammenarbeiten sowohl der Ortsverwaltung unter sich wie mit den Funktionären und Mitgliedern stattgefunden hat. Demzufolge erfolgte auch die Wahl der Ortsverwaltung mit dem Kollegen Ludwig Müller als Vorsitzenden einstimmig.

Damit war die eigentliche Tagesordnung erledigt und Kollege Hans Wagner konnte mit seinem inhaltsreichen Lichtbildvortrag über seine Orientierreise beginnen. Der wiederholte Beifall während seiner Ausführungen zeugte von dem tiefen Interesse, das der Vortrag auslöste. Die liebenswürdige Mitwirkung des bekannten Sängerkwartetts „Rheingold“, das durch seine Vorträge die Herzen aller erfreute, was uns bei zukünftigen Veranstaltungen gegenüber dem Quartett angenehm verpfändet, gab schließlich der Versammlung eine Note, die nur höchste Anerkennung finden kann. Alles in allem war die Generalversammlung nach allen Seiten ein Erfolg.

**Triebes.** Am 18. Januar 1930 fand im Volkshaus Triebes die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Die Kollegin Waidmann gab den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß der DVAB recht nützliche Arbeit im Interesse seiner Mitglieder geleistet hat. Eine große Anzahl von Klagen und Einsprüchen, Streitfragen aus dem Arbeitsverhältnis mußten geführt bzw. erhoben werden, um die Kollegen und Kolleginnen vor Schäden zu bewahren. Bedauerlich ist, daß der Autearbeiterchaft die Erkenntnis fehlt, daß durch festen Zusammenschluß in der Organisation nur allein die Interessen der Arbeiterchaft wahrgenommen werden können. Der gelbe Betriebsrat unter Führung des „Arbeiters“ Otto Donath kann die Autearbeiterchaft gegen die Willkür der Autearbeiter nicht schützen. Er will dies auch gar nicht. Er will sich lediglich als ein getreuer Diener des Arbeitgebers erweisen. Deshalb fordert er ja auch, daß die Angehörigen der Bergsgemeinschaft das hugenberische Volksgesetz unterstützen sollten. Autearbeiter, haltet euch von Besten fern, die den Unternehmern Helferdienste leisten, damit sie die Ausbeutung eurer Arbeitskraft um so intensiver betreiben können. Es sind Verräter!

Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß trotz der Wirtschaftskrise, die eine starke Kurzarbeit und große Arbeitslosigkeit zur Folge hatte und trotz der Rückschläge der Gelben der DVAB sich weiter gefestigt hat. Es konnte eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder gewonnen werden. An Sozialunterstützungen wurden allein im vierten Quartal 1929 rund 4500 Mk. ausgezahlt. Eine

beträchtliche Summe, die am besten die Kolleginnen und Kollegen zu würdigen wissen, die in Not geraten waren.

Ein weiterer Fortschritt in bezug auf Sozialunterstützung wird die Einführung der Invalidenunterstützung sein.

Die alte Verwaltung wurde gegen sieben Stimmen der kommunistischen Kollegen wiedergewählt.

Der Kollege Förster, Berlin, referierte sodann über „Brennende Wirtschaftsfragen“. In einem einhalbstündigen Vortrag verstand er es, den Anwesenden die Ursachen für die heutige schwierige Wirtschaftslage darzulegen. Der Kampf des Kapitals gegen die Gewerkschaften münde in der Aufhebung der Reparationslasten auf die breiten Schultern der Arbeiterchaft. Die Industriallieferung der früheren ausschließlichen Erzeugerländer von Textilrohfstoffen: Indien, China, Japan, Amerika haben zur Verengung des Absatzmarktes geführt, wodurch die europäische Textilindustrie in starke Bedrängnis gebracht worden wäre.

Im weiteren besprach er die Vorteile des Young-Planes gegenüber den Lasten des Dawes-Planes. Aufgabe der Textilarbeiterchaft sei es, für die Stärkung des DVAB Sorge zu tragen. Vorwärts und aufwärts müsse die Parole sein.

Die Anwesenden haben die Ausführungen des Kollegen Förster mit Beifall aufgenommen.

**Zeulenroda.** Am Freitag, dem 17. Januar, fand im „Volkshaus“ die überaus stark besuchte Generalversammlung statt. Dieser Besuch war nicht verwunderlich, hatte sich doch in den Betrieben herumgesprochen, daß diese Versammlung zur Generalmusterung der einzelnen Parteirichtungen verwendet werden soll.

Der Geschäftsführer, Kollege Zeifing, erstattete den Geschäftsbericht. Den Ausführungen über den Beschäftigungsgrad war zu entnehmen, daß in allen Branchen im Jahre 1929 schlechter Geschäftsgang vorherrschend war. Teilweise Betriebsstilllegungen waren sechs zu verzeichnen. Dazu kam eine gänzliche Stilllegung und ein Betriebsabbruch. Kurzarbeit, bis herunter zu zwei Tagen in der Woche, bestand in fast allen Betrieben. Dieser schlechte Geschäftsgang wurde von den Arbeitgebern der Summiindustrie zum Abbau der Arbeitskräfte genützt. Soweit mit den Betriebsräten keine Einigung erzielt wurde, verjagte man durch Kündigung der Einzelarbeitsverträge zum Teile zu kommen. Durch Streik und Verhandlungen mit den Arbeitgebern konnten diese Angriffe zum Teil zurückgewiesen werden.

An dem Sturm auf gegen die Sozialversicherungen mußten sich auch die Zeulenrodaer Arbeitgeber beteiligen. Man führte den Arbeitern, durch Aufstellungen über die Versicherungsbeiträge, die man den Lohnlöhnen beilegte, vor Augen, was für enorme Versicherungsbeiträge sie zu entrichten haben. Leider haben sie vergessen, daß die Leistungen dieser Institute bekanntzugeben. Daß es den Arbeitgebern Ernst mit ihren Forderungen auf Abbau der Sozialversicherungen ist, konnte vom Redner mit einwandfreien Beweisen belegt werden.

Versammlungen und Sitzungen fanden 169 statt. Vor dem Arbeitsgericht wurden sechs Klagen, davon fünf mit Erfolg, geführt. Eine mußte wegen Ausichtslosigkeit zurückgezogen werden. Alle elf Fälle, welche vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes zur Verhandlung standen, sind mit Erfolg für die Kläger entschieden worden.

Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gestiegen sind. Auch der Kassenbestand hat sich um rund 1000 Mark erhöht. Der Mitgliederstand ist verbessert worden. Durch Tod sind vier Mitglieder ausgeschieden, zu deren Ehre, einschließlich des Kollegen Jehms, sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Mit einem Dank an die Mitarbeiter und mit dem Wunsch, sich im kommenden Jahre zahlreicher an den Aufbauarbeiten zu beteiligen, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Bericht.

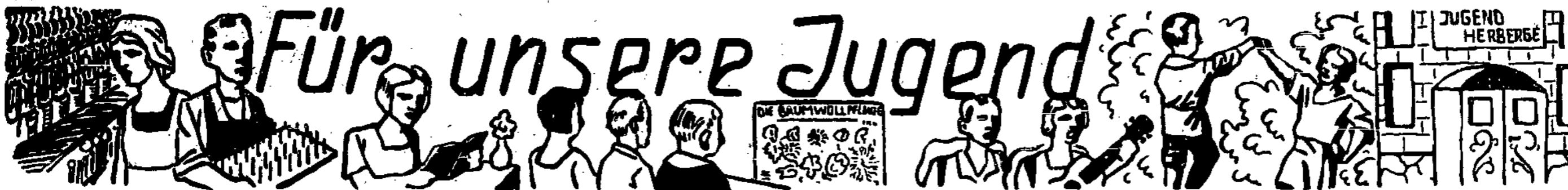
In der Diskussion wurde nicht der Geschäftsbericht kritisiert, sondern man vertiefte sich, wie immer, zur großen Politik. Schlichtungswesen, Unfähigkeit der Führer usw. spielten eine Rolle. Der angeführte Vergleich der Mitgliederzahlen vom Jahre 1922 und jetzt ist zwar richtig gewesen, nur die Schlussfolgerungen stinnten nicht. Für den Mitgliederrückgang die Führer, weil sie keine richtigen „Parolen“ herausgegeben haben, verantwortlich zu machen, stimmt nicht, denn in den letzten Jahren sind sozial Parolen herausgegeben worden, gerade von den Kritikern, daß die Arbeiterchaft schon gar nicht mehr wissen kann, welches die richtige ist.

Die vom Kollegen Händel beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt.

Bei dem Punkte „Wahlen zur Ortsverwaltung“ wurde der Antrag, über jedes Verwaltungsmittglied einzeln abzustimmen, abgelehnt. Von den darauf eingereichten zwei Listen, wurde die mit dem Namen Undeutsch (alte Verwaltung), gegenüber dem mit dem Namen Fried (Opposition) gekennzeichneten Liste, mit über Zweidrittelmehrheit gewählt.

Wenn verschiedene Kollegen über den Ausgang der Wahl auch etwas enttäuscht waren, so muß zur Anerkennung doch gesagt werden, daß der Kampf in anständiger Weise geführt wurde.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und einem kurzen Schlusswort konnte die imposante Versammlung geschlossen werden.



# Schafft Heime für die Jugend!

## Es gilt die Jugendnot zu mildern

Wir wollen gerne zugeben, daß die Republik viel für die Jugendlichen tut. Ein jugendmodernes Geistes geht durch manche Amtsstäbe und legt hinweg, was an alten und überholten Anschauungen noch vorhanden ist. Trotzdem geschieht noch lange nicht genug, und viele Widerstände werden noch zu überwinden sein, bis die wichtigsten Forderungen der Jugendlichen verwirklicht sind. Ein Gebiet, auf dem es noch sehr viel zu tun gibt, ist die Jugendheimfrage; ein Schmerzkind wohl in zahllosen Orten. Hier und da hat man sie befriedigend gelöst, man hat einen schmunzenden, geräumigen Raum zur Verfügung der Jugendlichen gestellt, einzelne Gemeinden sind darüber noch hinausgegangen, sie haben ein kleines Haus hergegeben. Aber fast zahllos sind die Gemeinden, in denen die Jugendheimfrage eine unbefriedigende Lösung gefunden hat. Vielfach mangelt es an geeigneten Räumlichkeiten, auch fehlt es in manchen Gemeinden an der nötigen Einsicht. Weil wir das nicht gekannt haben, brauchen nach Meinung vieler Leute unsere Jugendlichen das auch nicht. Man könnte über solche rückständigen Anschauungen hinweggehen, wenn sie nicht sozial Unheil anrichten würden.

Zumeist vertrieben sich die Gemeinden hinter die Finanznot. Sie muß dafür herhalten, daß den Jugendlichen kein oder nur ein dürftiges Heim überlassen wird. Dabei ist die Einrichtung eines Heims oft mit ganz geringen Ausgaben verbunden, es kommt zunächst nur darauf an, daß man einen Raum hergibt. Im übrigen steuern die Jugendverbände nach besten Kräften dazu bei. Wo die Mittel dazu da sind, sollte man ein Heim errichten, es ist auf jeden Fall das Beste. Wo dies nicht möglich ist, wird es genügen, wenn ein größerer Raum oder, wie es in Berlin vielfach der Fall ist, ein Laden als Heim eingerichtet wird. Dabei kommt es natürlich auch auf die Einrichtung an, denn große Sparfamelei ist hierbei keineswegs angebracht. Nur in solchen Heimen, die gut eingerichtet sind, im Winter geheizt werden können und den Sommer über auch eine Erholungsstätte darstellen, kann sich die Jugend wohlfühlen. Man vergesse auch nicht, daß die Erörterung von wichtigen, die Jugendlichen interessierenden Fragen in solchen und netten Heimen auf ganz anderen Boden fällt. Auch ist es für den Vortragenden keine erhebende Angelegenheit, wenn sich das Heim in einem schlechten Zustande befindet, und ein großer Teil der gesprochenen Worte im Straßenarm untergeht.

In gewisser Hinsicht soll das Jugendheim den Jugendlichen die Wohnung ersetzen. Die arbeitende Jugend kennt in seltenen Fällen ein Heim in einer gefunden und gut eingerichteten Elternwohnung. Die Wohnung liegt auf dem Hof, es kommt weder Sonne noch Luft hinein, dazu meistens eine große Kindschar. Wie soll sich hier der Jugendliche, der den Tag über in der Fabrik oder in der Werkstatt gearbeitet hat, abgepannt und zerschlagen ist, wohlfühlen? Die Straße ist selbstverständlich auch nicht der geeignete Ort, Erholung und Ausspannung zu bieten. Hier kann ein Jugendheim sehr viel dazu beitragen, die Jugendnot zu mildern, das Solidaritätsempfinden zu vertiefen und für den Abend eine anregende Erholungsstunde zu bieten.

Am 1. Januar 1928 wurden in dem Freistaat Preußen 1657 Jugendheime gezählt. Zu gleicher Zeit gab es in Preußen etwa 1 278 000 organisierte Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren, so daß mithin auf ein Heim 771 Jugendliche entfallen. Die Heime sind zum größten Teil in Schulen, Ladengeschäften und ähnlichen Gebäuden untergebracht. Um ein Beispiel dafür zu geben, wie groß die Jugendheimnot ist, sei erwähnt, daß es in Berlin nur 83 städtische Jugendheime gibt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Berlin rund 190 000 organisierte Jugendliche vorhanden sind, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie überfüllt diese Heime sind.

Demgegenüber ist es außerordentlich erfreulich, daß auf dem Gebiete des Jugendherbergswesens viele Forderungen der Jugendverbände verwirklicht worden sind. Man kann wohl sagen, daß die 2177 Jugendherbergen in Deutschland das Bedürfnis der wandernden Jugend nach Unterkunftsmöglichkeiten befriedigen. Im Gegensatz dazu muß festgestellt werden, daß die Errichtung von Jugendheimen stark vernachlässigt worden ist. Die letzte Wahl für die Gemeinde-

vertretungen hat in vielen Orten eine Stärkung der sozialistischen Gemeindevertretungen gebracht. Sie werden sich dieser Frage zweifellos mit einer anderen Energie annehmen, wie wir es von den Bürgerlichen zu erwarten haben. Schließlich wissen ja die Vertreter der Arbeiter am besten, wo der Proletariatsjugend der Schuh drückt. Es wer-

den in den Gemeinden viele Ausgaben gemacht für Dinge, die nicht so notwendig sind, wie Jugendheime. Daher ist die Forderung nach mehr Jugendheimen durchaus berechtigt und wird auch bei allen denjenigen ein offenes Ohr finden, die in dieser harten Zeit den Jugendlichen ihr Los erleichtern wollen.

## Rüstet zum Reichsjugendtreffen



Stuttgart vom Marktplatz aus

im schönen Stuttgart am 14. und 15. Juni 1930

## Unsere Wettbewerbsbestimmungen

Der Wettbewerb wird sich auf folgenden Grundlage abspielen:

**I.** Um die Vorbereitungen zum Reichsjugendtreffen zu verstärken und die Werbearbeit zur Gewinnung jugendlicher Mitglieder zu beleben, wird hiermit ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die Frist für Bewerbungen läuft vom 15. Februar bis zum 30. April 1930.

**II.** An dem Wettbewerb kann sich beteiligen:

1. Jedes Verbandsmitglied unter 21 Jahren, sowie jedes Mitglied der Verbandsjugendgruppen.
2. Jede Verbandsjugendgruppe, darunter auch eine solche, die als gemischte Gruppe geführt wird, sonst aber in jeder Hinsicht mit der örtlichen Verbandsleitung und Verbandsbewegung zusammengearbeitet.

**III.** Als Leistungen werden bewertet:

- A. Bei den Einzelleistungen:**
1. Die Tätigkeit als Verbandsfunktionär (vorbildliche Arbeit als Unterlassierer, Betriebsvertrauensmann, Jugendleiter und ähnliches).
  2. Die Mitarbeit bei der Werbearbeit. (Erfolgreiche Beteiligung an der Haus- und Betriebsagitation.)

**B. Gruppenleistungen:**

1. Das Verhältnis der Gruppenmitglieder zur organisierten Verbandsjugend am Ort.
2. Die Mitgliederzahl der „Textilarbeiterjugend“ im Verhältnis zur Zahl der örtlichen Verbandsjugend.
3. Die Berichterstattung an das Jugendsekretariat.
4. Die Beteiligung am Stuttgarter Jugendtag.

5. Zahl und Art der abgehaltenen Jugendveranstaltungen. (Hierzu rechnen: alle Gruppenveranstaltungen, auch Spielabende, Wanderungen, Ferienfahrten sowie die gruppenweise Beteiligung an Haus- und Betriebsagitationen.)

**IV.** Die Auszeichnungen für Bestleistungen.

1. Als besondere Anerkennung für Einzelleistungen sind Ansoßenbeiträge zur Stuttgartfahrt und Bücherpreise vorgesehen.
2. Bestleistungen der Jugendgruppe werden mit Wimpel und Fahne ausgezeichnet. Für jeden Gau wird ein Wimpel (Gaujugendwimpel) und für das gesamte Reich eine Fahne (Reichsjugendfahne) gestiftet. Gaujugendwimpel und Reichsjugendfahne werden für drei Jahre den besten Gruppen ausgehändigt.

**V.** Die Feststellung der Leistungen.

Die Leistungen werden nach Ablauf der Frist an Hand der vorhandenen und der eingehenden Berichte nach Punkten gewertet. Das Ergebnis wird im „Textil-Arbeiter“ und in der „Textilarbeiterjugend“ veröffentlicht.

**VI.** Verteilung der Preise.

Die Bewertung der Einzelleistungen erfolgt nach der Feststellung. Gruppenleistungen werden erstmals während des Reichsjugendtreffens ausgezeichnet. Die Verteilungsregeln sind in jeder örtlichen Geschäftsstelle des Verbandes zu erfahren. (Bitte ausschneiden und aufbewahren)

## Jugendkonferenz in Sparneck

Am 2. Februar fand in der Turnhalle unserer Sparneder Genossen die 2. Konferenz der Textilarbeiterjugend, Filiale Mühlberg, statt. Am Bahnhof wurden wir vom Pfeifer- und Trommlertrupp der Sparneder empfangen und unter schneidigen Märschen zum Versammlungsort geleitet. Eröffnet wurde die Konferenz durch einen Gelangensvortrag, worauf Kollege Specht die Erschienenen begrüßte. Nach Erledigung von geschäftlichen Arbeiten nahm Kollege Schneider das Wort. Er setzte die Anwesenden über die sich in die herausgegebenen Fragebogen eingetragenen Mitglieder in Kenntnis, forderte die Jugend auf, fleißig zu sparen und sich zur Fahrt nach Stuttgart anzumelden.

In der Diskussion befürwortete Jugendkollege Benter-Sparneck die Ausführungen des Vorredners, worauf Kollege Schneider das Wort zu einem interessanten und lehrreichen Vortrag über „Zweck und Ziel des Verbandes“ ergriff. Er zeigte den Anwesenden, daß alle großen Werte nur durch Einigkeit und Geschlossenheit geschaffen werden können, und daß wir mehr leisten könnten, als es schon bisher geschah, wenn sich jeder Arbeiter bewußt wäre, wo seine Interessen tatkräftig und nicht allein mit Phrasen und Worten vertreten werden. Wir, die junge Generation, sind dazu berufen, die Ältere einmal abzulösen. Auf uns ruhen die Hoffnungen. Darum müssen wir schon jetzt versuchen, etwas aufgefälliger, wissender und kampftroher zu werden, damit wir später den Gefahren des Lebens und dem Kampfe, den es fordert, gewachsen sind. Viel haben wir schon erreicht, aber auch viel gilt es noch zu erringen. Die Lohnverhandlungen, über deren Verlauf uns der Kollege Schneider aufklärte, beweisen unsere jetzige Macht und Stärke; sie mahnen uns aber auch, zu agitieren und zu kämpfen, um unsere Macht noch zu vergrößern, denn noch sind wir nicht Sieger über den herrschen Kapital. Kollege Specht unterstreicht die Worte des Vorredners und schließt dann mit einem „Auf Wiedersehen!“ die Konferenz.

Jugend! — die du doch die Zukunft darstellst, komm zu uns. Lerne unseren Geist und unsere Idee kennen, reiße dich los von diesem Dohinweggittern, beginne frühzeitig als Mensch zu denken, um dann auch Mensch zu werden. Jugend! Komm und kämpfe mit uns, auf daß du froh und frei wirst.

Theodor Fischer.

## Jugendliteratur

„Freiheits- und Arbeiterliederbuch“, zusammengestellt von Aug. Albrecht, 11. bis 20. Tausend, 80 Seiten, kartoniert 40 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Ein brauchbares Arbeiterliederbuch hat uns seit dem Kriege gefehlt. Jetzt hat uns ein Praktikum über 100 Liedertexte zusammengestellt. Von den heute noch langbaren und jugendlichen älteren bis zu den neuesten Liedern, die in unseren Tagen entstanden, finden wir alle brauchbaren hier beisammen. Die Freiheitslieder der Bauern aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolution des Bürgerkriegs im 18. und 19. Jahrhundert die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft der Vorkriegszeit in Europa, als auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiterschaft anderer Länder, aber auch unsere eigenen — die entstanden nach dem Umsturz — sind beinahe lückenlos abgedruckt. Darüber hinaus enthält das Liederbuch noch „Handwerks- und Gesellenlieder“ und „Turner- und Burschenschaftslieder“. Diese Textsammlung dürfte damit allen Ansprüchen genügen und bei der Arbeiterschaft und allen freiheitlich Denkenden sicher viele Käufer finden.

Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Jugendweibe 1930.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, dessen Gedichtbücher zur Jugendweibe sich seit vielen Jahren größter Beliebtheit und ständiger Nachfrage erfreuen, bringt in diesem Jahre eine Neuaufgabe des von Anna Siegfried zusammengestellten und von Max Schommer illustrierten Jugendweibe-Buches: „Kämpfende Menschheit“. Die Kritik rühmt diesem Buch nach, der Inhalt sei besonders jugendlich ausgerichtet für das Fassungsvermögen der schulentlassenen Jugend. Das Buch, durch das das Feuer sozialer Kämpfe glüht, sei würdig der Jugend, die Vorkämpfer unserer Arbeit sein soll.

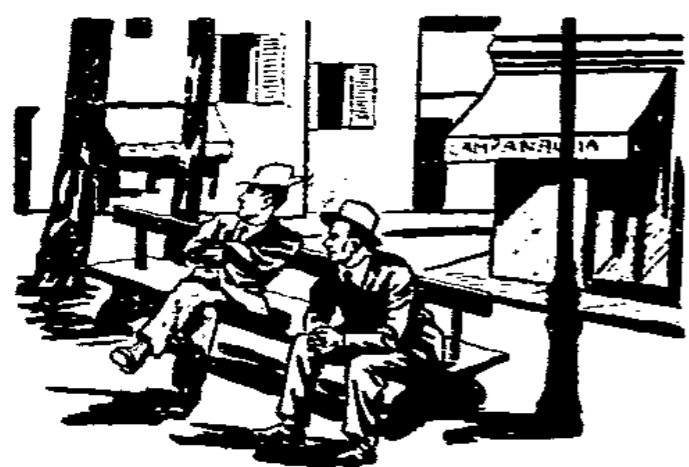
Die große Nachfrage ermöglichte eine hohe Auflage und dadurch eine Herabsetzung des Preises für dieses Jahr. Der Buchhandlungspreis ist nunmehr auf 1 RM festgesetzt, womit das Jugendweibe-Buch des JAB das billigste Jugendweibe-Buch des Jahres wurde. Das inhaltlich persönliche und ausgestattete und billige Büchlein ist durch jede Buchhandlung und direkt durch das JAB zu beziehen. (Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Seltenshaus, Feiler Str. 32.)

# UNTERHALTUNG UND WISSEN



## DIE BAUMWOLLPFLÜCKER ROMAN VON B. TRAVEN

331 Copyright by „Büchergilde Gutenberg, Berlin  
Dann gingen wir zu einem indianischen Kaffee- stand, wo wir ein Glas Kaffee tranken und die Frau fragten, ob wir nicht unsere Säcke hier bis zum Morgen unterstellen könnten. Dann würden wir wiederkommen, bei ihr frühstücken und die Sacke abholen.



Am nächsten Tage, nachdem wir den Vormittag über uns auf den Banken der Plaza herumgedrückt hatten —

Dann gingen wir wieder zu den Senjoritos, wo es angenehmer war als in der Badstraße.

Am nächsten Tage, nachdem wir den Vormittag über uns auf den Banken der Plaza herumgedrückt hatten, gingen wir zu einer Casa de Suespedes, wo wir jeder ein Ben belegten für fünfzig Centavos und unsere Säcke in dem Kofferraum abgaben.

Ben ist ja nun ein feines Stück richtig. Einzelne jener Betten waren von dem Kupfer unserer Käfer- hüten, alle Hängemattonen aus Segelleinen, die in einem Scherenschnitt aufgespannt waren. Wir aber bekamen bessere Betten. Das waren Draht- matten, die durchgelegen waren, so daß man immer in einer Höhe lag, wo man so zusammen- gedrückt war, daß man kaum atmen konnte. Die Unterlage war so dünn und zerstückelt, daß man den Draht fühlte, und da man ja nicht viel Fleisch am Körper hatte, lernte ich die Draht in die Knochen. Und das war ein recht angenehmes Gefühl. Diese Betten führten in einer Isolierkammer gute Dienste leisten.

Da war ein weißberzogtes Kopfkissen und ein weißes Kissen in jedem Ben. Aber da diese weißen Kissen nur jede Woche oder alle drei Wochen gewechselt wurde, während der Zeit, die jeder Tag verlebte, so waren die Betten eigentlich nicht mehr, sondern feige, fleckig und unfest. Außerdem gab es zu jedem Ben eine Decke, die über die Bettfläche und die Kissen wurde. Es wurde nicht gewechselt und niemand wurde unter- sucht, ob er krank ist. Der kein Ben bezahlte, durfte nicht schlafen, ob er von den Säcken bald auf- gegeben wurde, ob er Suppita, Tuberkulose, Ma- laria, Malaria, Krätze, schwarze Pocken oder sonst etwas hatte.

Die Schlafstätten lagen zu ebener Erde. Für ein Bett mußte man ein oder zwei Centavos zahlen. Die Betten waren von dem Kupfer unserer Käfer- hüten, alle Hängemattonen aus Segelleinen, die in einem Scherenschnitt aufgespannt waren. Wir aber bekamen bessere Betten. Das waren Draht- matten, die durchgelegen waren, so daß man immer in einer Höhe lag, wo man so zusammen- gedrückt war, daß man kaum atmen konnte. Die Unterlage war so dünn und zerstückelt, daß man den Draht fühlte, und da man ja nicht viel Fleisch am Körper hatte, lernte ich die Draht in die Knochen. Und das war ein recht angenehmes Gefühl. Diese Betten führten in einer Isolierkammer gute Dienste leisten.

## Wissenswertes von der Leipziger Frühjahrsmesse

Ausblick auf die Leipziger Frühjahrsmesse 1930.

Die Leipziger Frühjahrsmesse beginnt am 2. März und dauert für die Mustermesse bis 8. März (Sportartikelmesse und Textilmesse bis 6. März), für die Große Technische Messe und Baumesse bis 12. März. Von den beiden Leipziger Messen eines jeden Jahres kommt der Frühjahrsmesse die größere Bedeutung zu, weil sie die große Exportmesse ist, auf der das Ausland ganz besonders stark vertreten ist. So zählte man auf der Frühjahrsmesse 1929: 28 660 geschäftliche Besucher aus dem Ausland. Die internationale Zusammensetzung der Einkäuferenschaft ist aber wiederum mit ein Grund für das Ausland, sich in zunehmendem Maße auch als Aussteller an der Messe zu beteiligen, um so mehr, als die Werbefahrt der Leipziger Messe und ihre Bedeutung als Warenabichmarkt in aller Welt hoch eingeschätzt wird.

In diesem Frühjahr wird man wie immer eine Anzahl ausländischer Kollektivausstellungen vorfinden, so im Ring-Messehaus eine italienische Sonderausstellung, eine englische Ausstellung, eine japanische Sonderausstellung und schließlich eine indische Ausstellung. Ganz neu werden im Ring-Messehaus eine chinesische Kollektivausstellung, an der 20 bis 30 Firmen beteiligt sind, und eine polnische Ausstellung sein. Die letztere wird vom Staatlichen Export-Institut in Warschau organisiert. In größerem Umfange ist auch Frankreich wiederum auf der Frühjahrsmesse vertreten. Besondere Beachtung verdient auch die Kollektivausstellung Dänemarks, die im Concentra-Messehaus in der Petersstraße untergebracht ist und Fertigwaren der mannigfaltigsten

enthält. In allgemeiner Weise sind auch die Tischgeschloßwerke, Oesterreich und Rußland auf der Messe vertreten. Von der Mustermesse in der Innenstadt ist noch zu sagen, daß die Bugra-Messe im Bugra-Messehaus in der Petersstraße in diesem Frühjahr wieder stattfindet. Innerhalb der Textilmesse wird sodann eine Kunstindustrielle Abteilung geschaffen, in der die internationalen Spitzenleistungen aus den verschiedensten Gebieten der Textilindustrie gezeigt werden. Für diese Abteilung ist im Grassi-Textilmessehaus ein neues Stockwerk eingerichtet worden.

Die Große Technische Messe und Baumesse wird gegen frühere Messen wiederum mannigfache Neuerungen und Erweiterungen aufweisen. Wie in jedem Frühjahr sind die umfassenden Ausstellungen des Vereins Deutscher Werkzeug-Maschinenfabriken, des Vereins Deutscher Maschinen-Bauanstalten des Hauses der Elektrotechnik u. a. m. vorhanden. Besondere Erwähnung verdient die Internationale Textilmaschinen-Schau in Halle 8, eine besondere Ausstellung „Wertstoffe“ in Halle 12, die in erster Linie Nichtfermetalle umfaßt, die Ausstellungen über die Verwendung des Stahls im Bauwesen, die in der Halle „Stahlbau“ auf dem Freigelände der Baumesse untergebracht sind, eine Ruhfahrzeug-Ausstellung in Halle 6 und die Ausstellung „Industriepflanzung“ in Halle 1. Die frühere Hygienemesse wird durch Eingliederung technischer Erzeugnisse und Apparate für die Krankenbehandlung und Krankenpflege zu einer Gruppe „Gesundheitstechnik“ ausgebaut und in Halle 5 untergebracht. Die Ausstellungsgruppe Tierhaltungs- und Tierzuchtgeräte, die auf der letzten Herbstmesse für die an ihr beteiligten Aussteller sehr erfolgreich war, wird nunmehr eine ständige Einrichtung auf dem Ausstellungsgelände sein.

Die bereits im Vorjahr bedeutend vergrößerte Baumesse wird eine Erweiterung durch eine neue Baumessehalle 20 erhalten, von der der erste Abschnitt zu dieser Frühjahrsmesse fertig und in Benutzung genommen wird. In ihr werden Ausstellungen für Innenausbau untergebracht.

Während der Messe sind einige technisch-wissenschaftliche Vortragsreihen vorgesehen, nämlich aus der Bautechnik und aus der Isoliertechnik im Bauwesen, ferner eine Betriebstechnische

Lagung und Vorträge über Metall- und Holz- bearbeitung und eine Betriebstechnische Lagung.

Fahrtpreismäßigung für die Besucher.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1930 (Mustermesse 2. bis 8. März, Große Technische Messe und Baumesse 2. bis 12. März) erhalten die Messebesucher wiederum auf zahlreichen deutschen und



Stadtleben in Leipzig während der Messe

außerdeutschen Eisenbahnen und Schiffahrts- linien Fahrpreis- und Frachtermäßigungen. So werden auf den Bahnen von Griechenland, Lett- land, Litauen und Estland, Oesterreich und der Türkei, der Schweiz und der Tischgeschloßwerke Fahrtvergünstigungen gewährt, die im allgemeinen 25 Proz. ausmachen. Die Southern Railway und die London and North Eastern Railway in Eng- land gewähren ebenfalls eine etwa 25prozentige Ermäßigung auf Rückfahrkarten London—Leipzig. Für Einzel- und Rückfahrtscheine London—Rhein und London—Hannover—Berlin erhalten die Be- sucher der Messe seitens der Imperial Airways Ltd. und der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft, die etwa 20 Tage Gültigkeit besitzen. Der Nord- deutsche Lloyd räumt für die Strecken Cob- burg-Bremen, Cherbourg-Bremen und Southampton-Bremen bei einer Teilnahme von 10 und 20 Per- sonen eine 10. bzw. 20prozentige Ermäßigung ein. Die „Stettiner“ Dampfer-Gesellschaft gibt auf der Strecke Kopal—Sigtun, die Küstenschiffahrt Griechenland A. G. auf der Linie Piräus bzw. Patras bzw. Korfu—Brindisi, die Dubrovacka Parobrodjka Plovidba A. D. und die Jadraniska Plovidba D. D. auf ihren Adria-Passagierlinien sowie der Serviciul Maritim Român auf der Strecke Konstantinopel—Konstanza Fahrpreis- ermäßigungen, die sich zwischen 10 und 30 Proz. bewegen. Auf den Dampfern der Ersten Donau- Dampfschiffahrtsgesellschaft werden Ausstellungs- güter frachtfrei zurückbefördert, wenn die Aufgabe innerhalb vier Wochen nach Schluß der Messe erfolgt.



Der Hauptplatz in Leipzig mit Belformanten während der Messe

Art enthält. Auf dem Gelände der Technischen Messe wird man dann erstmalig eine chilenische Ausstellung in einem besonderen Pavillon vorfinden, der die verschiedensten Landeserzeugnisse

Das wurde getan, um Wasser zu sparen; denn Wasser ist hier ein kostbarer Artikel.

In den billigen Schlafräumen gab es alles erdenkliche Ungeziefer und alle möglichen Insekten der Tropen, alles natürlich in tropischen Aus- maß, nur die Moskitoen waren klein. Die großen widerlichen Schaben liefen in den Betten umher und an den Wänden auf und ab, als ob ihnen die Räume gehörten.



Immer wieder mußte man sich mit kaltem Wasser waschen

Die Betten der billigen Schlafräume waren alle aus Kupferblech gemacht, die halb zerfault waren. Die Decken waren aus Segelleinen und her- vorstechend aus Japan. Ob sie aber aus Holz oder aus Segelleinen waren, alle hatten, wenn es regnete, einen feinen, feinen, feinen Regen auf dem Kopf.

Die Betten der billigen Schlafräume waren alle aus Kupferblech gemacht, die halb zerfault waren. Die Decken waren aus Segelleinen und her- vorstechend aus Japan. Ob sie aber aus Holz oder aus Segelleinen waren, alle hatten, wenn es regnete, einen feinen, feinen, feinen Regen auf dem Kopf.

modernsten Schweißmaschinen besitzt und sehr gut ge- drückt ist, aber kein Wasser hat. Nur gerade so viel Wasser, wie in den jährbaren Maschinen mit- geführt wird.

Die Fußböden waren alle zertritten und morsch und faul. Ratten und Mäuse hatten ideale Heime und trugen die Seulenpeste umher.

Die billigen Schlafräume waren immer voll be- setzt, die teuren für einen Peso standen zur Hälfte immer leer.

Wir kamen, gaben einen Namen an, der ein- geschrieben wurde, und erhielten unsere Raum- und unsere Bettnummer. Dann legten wir uns schlafen, nachdem wir ein Brausebad genommen hatten.

Gegen acht Uhr abends standen wir auf und gingen wieder in die Stadt. Das Bett gehörte uns noch für die kommende Nacht, und wir brauchten nicht noch einmal dafür zu bezahlen.

Bedürfnisanstalten gibt es hier nicht, dafür müssen alle Wirtschaften, die darauf eingerichtet sind, jedem, auch wenn er nichts verzehrt, die Be- nutzung gestatten. Aber manche Wirtschaften haben selbst keine Einrichtung dafür, weil sie keinen über- flüssigen Raum haben. Dann muß sogar der Be- sucher in ein Nachbarrestaurant gehen.

Das war der Grund, daß ich in eine Bar kam. Ein Riese von einem Mann stand an dem Büfett und trank Tequila. Er hatte hohe Keilriemen an mit Sporen. Sein Gesicht war rot, und er trug einen mächtigen Hindenburgbart.

„Hallo!“ rief er, als ich wieder hinausgehen wollte. „Suchen Sie Arbeit?“

„Ja, was für welche?“

„Baumwolle pflücken. In Concordia. Mr. G. Rajon. Zahlt den üblichen Pflückerlohn. Bahn- station kostet drei Pesos täglich.“

„Sind Sie bewirbt, Leute anzunehmen?“

„Natürlich, heißt würde ich es Ihnen doch nicht sagen.“

„Gut, geben Sie mir einen Zettel.“

Er ließ sich ein Stück Papier von dem Wirt geben, nahm ein Bleistiftstummelchen aus seiner Hemdtasche und schrieb den Zettel aus.

Ich las den Zettel: Mr. G. Rajon, Concordia. Dieser Mann kommt zum Pflücken. L. Wood.“

Als ich später Ofuna traf und ihn fragte, sagte er mir, daß er nicht mittäme. Am nächsten Mor- gen fuhr ich ab.



„Hallo! — Suchen Sie Arbeit?“

Ich kam an und fand Mr. Rajon. Auf dem Felde waren viele Pflücker tätig, und die Arbeit hatte schon tüchtig angefangen.

Als Mr. Rajon meinen Zettel sah, sagte er: „Mr. L. Wood? Kenne ich nicht. Hat keinen Auf- trag von mir, Pflücker anzunehmen. Kann gar keine brauchen. Habe genug.“

„Sie sind doch Mr. G. Rajon?“ fragte ich.

„Rein, ich bin G. Rajon.“

„Wohnt hier in der Nähe ein Mr. G. Rajon?“ fragte ich.

„Rein“, antwortete der Farmer

(Fortsetzung folgt.)